Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 118. | Dresden, Donnerstag den 24. Mai 1917. | 28. Jahrg.

Französische Angriffe verlustreich abgewiesen.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 23. Mai 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Bei Wytschaete und auf beiden Scarpe-Ufern war die Feuertätigkeit bis in die Nacht hinein lebhaft; auch südlich der Straße Arras—Bapaume und bei St. Quentin nahm sie zeitweise zu.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Am Chemin des Dames erreichte der Artilleriekampf bei Vauxaillon und Craonelle nachmittags große Stärke. Vor Einbruch der Dunkelheit griffen die Franzosen westlich des Gehöftes Freidmont und etwa gleichzeitig auch bei der Mühle von Vauclerc an. An beiden Stellen wurden sie verlustreich abgeschlagen. Am Winterberg unterband unser Vernichtungsfeuer die Durchführung eines vorbereitenden Angriffes.

In der Champagne war die Kampftätigkeit der Artillerie zwischen Nauroy und dem Suippes-Tal in den Abendstunden gesteigert.

Erfolgreicher Vorstoß bei Apremont.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Im Walde von Apremont brachen Sturmtrupps eines rheinischen Regiments in die französische Stellung und kehrten mit 28 Gefangenen und 3 Minenwerfern zurück.

Gestern wurden 10 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon zum Absturz gebracht. Leutnant Schäfer schoß seinen 26. und 29. Gegner ab; Leutnant Boß erreichte durch Abschuß eines Feindes die gleiche Zahl von Luftsiegen.

Am 21. und 22. Mai haben die Engländer und Franzosen 5 Flugzeuge im Luftkampfe und durch Abwehrfeuer verloren.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An mehreren Stellen der Front lebte die Gefechtstätigkeit auf. Oestlich von Tuckum (nahe der Ostseeküste) wurden russische Erkunder vertrieben.

Mazedonischen Front

Keine wesentlichen Ereignisse.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der holländisch-skandinavische Ausschuß für sofortigen Frieden.

Stockholm, 23. Mai. Der ständige holländisch-skandinavische Ausschuß hatte am 21. und 22. Mai gemeinsame Beratungen mit den Vertretern der bulgarischen Sozialdemokratischen Partei. Im Mittelpunkte der Beratungen stand die Balkanfrage, besonders die mazedonische Frage. Der Ausschuß sprach sich für die nationale Sicherung aller Teile des bulgarischen Volkes aus, durch die Beseitigung der Zustände und dauernde Beruhigung auf dem Balkan geschaffen würde. Auf dieser Grundlage würde auch eine Annäherung der Balkanvölker möglich sein. Der Ausschuß forderte die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros und glaubt, daß der Grundsatz der nationalen Unabhängigkeit und des freien Selbstbestimmungsrechtes auf alle Völker, die selbst ihr Schicksal bestimmen wollen, wie Armenien, Polen usw., aufgehoben werden müsse.

Der Ausschuß hofft, daß die elsaß-lothringische Frage nach diesen Grundsätzen befriedigend gelöst werden kann. Er fordert dringend die Herbeiführung eines sofortigen Friedens und schlägt deshalb vor, energische Schritte in den Parlamenten aller kriegführenden Länder zu unternehmen. Er empfiehlt als Hauptmittel, diesen Frieden dauerhaft zu machen, völlige Demokratisierung Europas, Abrüstung, Schiedsgerichte, Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung mit Zwangsmitteln und dergleichen. Der Ausschuß billigt die Einberufung einer allgemeinen sozialistischen Konferenz unter Teilnahme aller der Internationale angeschlossenen Parteien für die Erzwingung des Friedens, und drückt seine Freude aus über die endgültige Wiederherstellung der Internationale und die friedliche Wiederaufnahme ihrer geschichtlichen Rolle.

Ribots Kriegsziel.

In der wiedereröffneten französischen Kammer hat der Ministerpräsident Ribot sich über die Kriegslage und über das französische Kriegsziel von neuem ausgesprochen. Die Fülle der Interpellationen — nicht weniger als 40 an der Zahl — läßt erkennen, wie beunruhigt die parlamentarischen Kreise Frankreichs sind. Es war die Aufgabe Ribots, über die Nichterfüllung der großen Erwartungen, die an die französisch-englische Riesenoffensive geknüpft wurden, Beruhigung zu schaffen. Darüber hinaus hat er sich hauptsächlich mit der Entwicklung der Verhältnisse in Rußland sowie auch mit den Kriegszielen beschäftigt.

Ribot hielt sich zwar maßvoller als sein theatralischer Vorgänger Briand, aber der Grund- und Hauptton seiner Rede war offensiv kriegstreibend und noch immer keineswegs friedensbereit. Die Art, wie er Fehler, die gemacht worden sind, zugestand, und wie er doch andrerseits Mut und Entschlossenheit zu beleben bemüht war, brachte dem Ministerpräsidenten den Beifall der übergroßen Mehrheit der Kammer bis weit in die Reihen der Linken und der Sozialisten ein.

Ribot forderte die Vertagung der Interpellationen über die russische Revolution. Er begründete sein Verlangen mit dem Hinweis, daß die russische Regierung die französische zu Besprechungen eingeladen hat. Dabei handelt es sich offenbar bereits um die Besprechungen, in denen das neue Petersburger Ministerium über das Abkommen der Alliierten vom September 1914 fordert. Ribot war in dieser Lage, ein Telegramm Terestschenkos zu verlesen, in dem er die Versicherung gibt, Rußland werde Frankreich nicht im Stiche lassen, und in dem er sogar für die französische Initiative Dank sagt, weil dadurch die feindlichen Massen nach Westen gezogen seien und der Wiederaufbau der russischen Armee möglich werde. So falsch diese Auffassung des neuen russischen Außenministers ist — in Wahrheit ist es die Offensive der deutschen Heere im Osten, die den Russen die Möglichkeit der Neugruppierung ihrer Verhältnisse gibt —, so erfreulich klang sie in den Ohren der französischen Parlamentarier. Leider wurde sie von Ribot für die Aufrechterhaltung der Begeisterung ausgenutzt. Ribot feierte das „treugebliebene Rußland", bei dem ein Sonderfrieden niemals in Frage kommen werde. Und aus der Hoffnung auf Rußlands militärisches Wiedererstarken schöpft Ribot den Mut, von neuem weitgehende Eroberungsziele zu verkünden.

Die russische Revolution hat die Formel aufgestellt: Keine Annexionen und keine Kriegsentschädigungen. Herr Ribot will diese Formel des „treugebliebenen Rußland" nicht geradezu zurückweisen, also macht er sich daran, sie umzudeuten, so daß ihr Sinn in das Gegenteil verkehrt wird. Ribot will keine Einverleibungen fordern, aber er will nicht dulden, daß Deutschland die „uns ehemals entrissenen Provinzen für sich behält". Leider scheint es so, als ob Herr Ribot bei der Forderung auf Lostrennung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reiche sich der Unterstützung der neuen russischen Regierung sicher zu sein glaubt.

Herr Ribot will anscheinend nur auf Kriegsentschädigungen verzichten. Er meint aber nur solche Entschädigungen, „die man als Strafe auferlegt". Anders ist es mit „Schadenersatz" und „Sühne". Außerdem will Herr Ribot noch immer „den deutschen Militärdespotismus vernichten". Er mutet dem deutschen Volke zu, daß es die Notwendigkeit dieser Vernichtung selbst einsehen werde. Dann „wird der Frieden leichter zu erreichen sein". Also wieder die abgeleierte Albernheit, als ob es nicht ebenso einen französischen Militärdespotismus und noch mehr einen englischen Seedespotismus sondergleichen gäbe. Herr Ribot hofft schließlich, daß die Mittelmächte um Frieden bitten werden, und wenn sie dies nicht tun, so werde der Frieden erzwungen werden.

Die Stellungnahme Ribots führt den Frieden nicht näher. Es zeigt sich, daß Frankreich wie England von ihren Siegeshoffnungen nicht lassen wollen und daß sie Kriegsziele erträumen, die noch immer die Möglichkeit der Verständigung mit den Mittelmächten ausschließen. Es fragt sich nur, ob wirklich das französische Volk die Wahnideen seiner jetzigen Regierung zu teilen und weiter die schrecklichsten Opfer an Gut und Blut zu bringen gewillt ist. Und zugleich steht die politische Demokratie vor der Entscheidungsfrage, ob sie die Eroberungs- und Vernichtungspläne der Weststaaten gewähren lassen und unterstützen oder ob sie ihre Formel: „Keine Annexionen, keine Entschädigungen" ehrlich innehalten und zur Verwirklichung bringen will.

Sozialdemokratischer Parteitag.

[illegible]

Die Verhandlungen mit den Bundesgenossen.

Wie verschiedene Blätter sich melden lassen, gelte jetzt als sicher, daß Rußland in nächster und langwierigen Verhandlungen mit den Alliierten sich wegen Kriegszielen [illegible] an Polen [illegible] Man nehme in Petrograd an, daß die Alliierten einer Konferenz zur Erörterung der gesamten Frage der künftigen Stellung Rußlands zum Kriege einberufen würden.

Auch Londoner und Pariser Meldungen der Kopenhagener Zeitung Politiken deuten eine bevorstehende Revision der Kriegsziele der Alliierten an. Petersburger Telegramme betonen: Während der Gedanke an einen Sonderfrieden so gut wie erledigt betrachtet werden muß, ist der Wunsch nach einem allgemeinen Frieden stark im Wachsen. Das russische Volk wünscht die Kriegsziele der Entente zu revidieren, da die Russen den Verdacht hegen, daß das Abkommen der Alliierten mit dem alten Regime auf Eroberungen begründet ist. Im Anschluß hieran wird mitgeteilt, daß Verhandlungen im Gange sind, um gewisse detaillierte Kriegsziele auszuarbeiten oder eine Revision der alten Ziele vorzunehmen.

Nach Stockholmer Meldungen aus Petersburg hatte der Außenminister Terestschenko mit den Botschaftern und Gesandten der Verbündeten eine längere Konferenz, welche äußerst erregt verlief. Terestschenko setzte den Botschaftern die politischen Grundsätze der russischen revolutionären Demokratie auseinander und entwarf dann einen Plan der praktischen Durchführung eines annexionslosen Friedens, welcher eine Revision der Bündnisverträge notwendig mache.

Nieuwe Rotterd. Courr. meldet, daß einer Meldung des Daily Telegraph aus Petersburg zufolge alle Fragen der auswärtigen Politik fortan in einer neugeschaffenen Kommission für auswärtige Angelegenheiten behandelt werden, die sich aus Terestschenko, Lwow, Kerenski und einem anderen sozialistischen Vertreter, vermutlich Tzereteli, zusammensetzen soll. Diese Kommission soll auch über die bevorstehenden diplomatischen Veränderungen entscheiden. Die Ernennung Sfasonows zum Botschafter in London ist rückgängig gemacht worden.

•

Russische Kongresse.

Laut Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur ist im russischen Hauptquartier der erste Kongreß der Abgeordneten der Offiziere des Heeres und der Marine zusammengetreten. In seiner Eröffnungsrede wies der Generalissimus Alexejew die Abgeordneten auf die Warnungsrufe hin: „Das Vaterland ist in Gefahr!", die in den letzten Tagen ertönten, und bestätigte auch, daß diese Warnungsrufe wohlberechtigt seien, denn die Schlagfertigkeit des russischen Heeres sei in der Tat infolge von Meinungsverschiedenheiten und Mißtrauen, die Offiziere und Mannschaften voneinander scheiden, sehr merkbar zurückgegangen. Das russische Heer, sagte der Generalissimus, gestern noch so sehr ein Gegenstand der Furcht, ist heute von einer verderblichen Ohnmacht erfüllt, und das angesichts eines furchtbaren, hartnäckigen und starken Feindes, der seine gierige Hand nach anderen Provinzen in Südrußland ausstreckt und sich nicht zufrieden gibt mit den Gebieten, in die er bereits eingedrungen sei. Der Generalissimus ermahnte die Abgeordneten, bei ihrer Rückkehr zur Armee allen Streitigkeiten im Heere ein Ende zu machen und sich angelegen sein zu lassen, mit allen Mitteln Offiziere und Soldaten eng aneinander zu knüpfen und sie von neuem in den Stand zu setzen, zum Siege zu schreiten, ohne den es für Rußland kein Heil gebe. Der Vorsitzende des Kongresses, Oberst Nowosilzew, erwiderte mit den Worten: „Seien Sie gewiß, Herr Generalissimus, wir werden alles tun, was in unserer Macht liegt, um dem Heere seine Schlagfertigkeit wiederzugeben."

Auf einem Kongreß der Delegierten des südrussischen Bezirkes des Arbeiter- und Soldatenrates, der in Kiew stattfand, erklärte, wie die Vossische Zeitung berichtet, der Vorsitzende, der Soldatendeputierten: Die Kameraden aus den Schützengräben reichen ihnen hier die Hand. Mutvoll starben sie und sterben noch für ihr Vaterland, aber alle dürsten nach dem Frieden und flehen Euch an, mit der überflüssigen Menschenschlächterei aufzuhören. Dieser Friedensforderung habe der Kongreß durch minutenlanges Händeklatschen Beifall gezollt.

Der 8. Kongreß der Kadettenpartei hat Milukow zum Vorsitzenden gewählt. Dieser forderte in seiner Eröffnungsrede den Kongreß auf, die neue Regierung rückhaltlos zu unterstützen.

Der Bauernkongreß hat die Lebensmittelversorgung erörtert. Viele Redner forderten die gleichmäßige Zuteilung der notwendigen Lebensmittel und ihre Verteilung über das ganze Land.

Die allgemeine russische Konferenz der Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, der sogenannten Menschewiki, hat Entschließungen über den Krieg und über die Verbrüderung an der Front angenommen. [illegible] Ihre Erschütterung könne keinesweg als Mittel dienen, sondern habe nur zur [illegible] der Armee. Der sozialistische Arbeitervertreter [illegible] Ministerrat [illegible] des Arbeiter- und Soldatenrates anschließen und dieser [illegible] Angabe [illegible]

•

„Wir wollen den Frieden."

Stockholm, 23. Mai. Eine Abordnung des Soldatenrats der 88. Infanteriedivision überreichte der Koalitionsregierung eine Entschließung, in der es heißt: **Wir wollen den Frieden.** Wir verteidigen nur die russische Freiheit und hoffen, daß unser Vertrauen gerechtfertigt wird. Die vorgängige Regierung wollte uns nicht verstehen und das Vaterland verraten, nur um die Macht zu behalten. Das Heer läßt nicht zu, daß die Bourgeoisie ihre schwere Hand auf das Proletariat legt. Die Geduld der Soldaten läßt sich nicht mehr auf neue Proben setzen. Wir entsagen allen imperialistischen Ansprüchen und verlangen, daß unverzüglich ganz endgültige Friedensbedingungen ausgearbeitet werden. Wir fordern die Veröffentlichung aller geheimen Verträge mit den Verbündeten. Die in Hamburg konzentrierten russischen Ausländer verlangten freiere Lebensbedingungen. Als die Behörden ihnen keine Lokale bewilligten, wanderten 100 ausländische Männer und Frauen zu Fuß nach Petersburg. Dann begab sich eine aus 10 Personen bestehende Abordnung zum taurischen Palais und trug ihre Wünsche vor. Infolge des Ausbruchs der Ausländischen ist mit der dringenden Gefahr einer verheerenden Ausbreitung des schrecklichen Leidens zu rechnen. Der Odessaer Arbeiterrat konfiszierte das Wisblatt Satirikon, weil einige Karikaturen die Verhöhnung des deutschen Proletariats darstellten.

•

Soldatenrechte.

† Petersburg, 23. Mai. (Meldung der Peterb. Tel.-Agent.) Der Gehilfe des Kriegsministers, Oberst Jakubowitsch, teilte in der Sitzung des Rates der Soldatenabgeordneten mit, der Kriegsminister habe eine Erklärung unterzeichnet, die den russischen Soldaten Rechte zugesteht, deren sich kein Heer der Welt erfreue.

•

Für Friedrich Adler.

Petersburg, 23. Mai. (Peterb. Tel.-Agent.) Der Vollziehungsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates hat beschlossen, an das Internationale sozialistische Bureau und an die sozialdemokratischen Organisationen aller Länder, namentlich an die österreichische Sozialdemokratie, einen telegraphischen Aufruf zu richten, mit der Aufforderung, alle Maßregeln zu ergreifen, um die Hinrichtung Dr. Friedrich Adlers, des Vorkämpfers der Freiheit aller Völker und des Gedankens an einen Weltfrieden, zu verhindern.

Der Wahlrechtsfeind Tisza gestürzt.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza wird, wie bereits berichtet, dem Kaiser Karl sein und seines Kabinetts Rücktrittsgesuch unterbreiten. Ein mächtiger Mann, der seit fast vier Jahren Ungarn regiert hat und zu der Grafen Stürgkh Zeiten ausschlaggebend für die Politik der Gesamtmonarchie war, scheidet mit Stephan Tisza aus dem Amt. Rücksichtsloser Kraftmensch, wie sein berühmter Vater Kolo v. Tisza, hat er viele Feinde gehabt, aber eine große Mehrheit des Parlaments stets fest um sich geschart. Sein Rücktritt kommt daher trotz der heftigen Anfeindungen, denen er ausgesetzt war, überraschend.

Graf Tisza fällt über die Wahlrechtsfrage. Stets ein Gegner des allgemeinen Wahlrechts, wollte er sich auch durch den Krieg nicht eines Bessern belehren lassen. Dem Drängen der opfermutigen Frontkämpfer nach dem gleichen staatsbürgerlichen Rechte, kam er nur schrittweise entgegen: Unteroffiziere und Inhaber von Tapferkeitsauszeichnungen sollten das Wahlrecht gnädigst verliehen bekommen; aber alle Bürger haben im Gigantenkampf des Weltkriegs gleiche Gefahr auf sich genommen und gleiche Not gelitten — alle müssen auch vollberechtigte Staatsbürger werden.

Vor drei Wochen noch versicherte Kaiser Karl den Grafen Tisza seiner großen Dankbarkeit und seines unverminderten Vertrauens. Zugleich aber forderte er von ihm neue Vorschläge über die Erweiterung des Wahlrechts. Da Tisza sie nicht befriedigend zu liefern vermag, weil er von der Allgemeinheit des Wahlrechts eine Gefährdung des magyarischen Nationalstaates fürchtet — die Magyaren sind in Ungarn nur eine Minderheit, obwohl sie bisher ganz allein regiert haben — muß er gehen!

Verschiedentlich wird in der Presse angedeutet, Meinungsverschiedenheiten in der polnischen Frage und über die neuen Handelsverträge hätten Tiszas Stellung entwurzelt. Das ist sehr unwahrscheinlich. Von einem österreichischen Großpolen, das als dritter gleichberechtigter Staat neben Oesterreich und Ungarn träte, ist seit der Proklamation vom 5. November keine Rede mehr und selbst die Sonderstellung Galiziens ist vertagt. Den Ausgleich mit Oesterreich hat gerade Graf Tisza noch zustandegebracht, und auch den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland hätte er wohl trotz seiner geringen Liebe für „Mitteleuropa" keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet. Die bürgerliche Presse schützt Streitfragen auf diesen Gebieten wohl nur vor, um zu verdecken, daß es die Wahlrechtsfrage ist, die Tisza zu Fall gebracht hat.

In Wahrheit war durch die Osterbotschaft des deutschen Kaisers sein Widerstand gegen eine ehrliche Wahlreform aussichtslos geworden. Graf Tisza mochte noch so oft versichern, daß Tapferkeit im Kriege mit politischer Einsicht nichts zu tun habe — der Hinweis auf die Botschaft des deutschen Kaisers, daß nach den Heldenleistungen der Soldaten in diesem Riesenkampf für Klassenwahlrechte in Preußen kein Raum mehr sei, schlug auch den ungarischen Wahlrechtsfeind zu Boden.

•

Zum Rücktritt Tiszas.

Aus Budapest wird gemeldet: Die plötzlich hereingebrochene Krise des Kabinetts Tisza hat eine Vorgeschichte, die mit der „Demokratiebotschaft" König Karls an den Grafen Tisza Ende April dieses Jahres zusammenhängt. Der König forderte in diesem Handschreiben die Ausdehnung des Wahlrechts, worauf unmittelbar in Ungarn eine heftige Wahlrechtspropaganda einsetzte. Die Regierung erklärte sofort, daß der Zensus für Bauernwähler auf den Besitz von acht Joch Feldes herabgesetzt und den Inhabern der Tapferkeitsmedaille sowie den Unteroffizieren das Stimmrecht verliehen werde. Die Opposition gab sich mit dieser kleinen Reform nicht zufrieden. Nach einer Audienz der Oppositionsführer beim Könige erschien gestern ganz unerwartet im Wiener Fremdenblatt die Nachricht, daß das Kabinett Tisza seine Demission eingereicht habe. Damit ist die Krise eingetreten.

Tisza erschien gestern abend im Klub der Nationalen Arbeitspartei mit den Kabinettsmitgliedern. Man brachte allen begeisterte Ovationen dar. Baron Lovaß versicherte Tisza der unentwegten Anhänglichkeit der Partei und ihrer völligen Uebereinstimmung mit dem Standpunkt des Ministerpräsidenten in der Wahlrechtsfrage. Graf Tisza reiste in der Nacht nach Wien zu einer Audienz beim Könige. Heute, Donnerstag, findet eine Sitzung der Regierungspartei statt, in der Tisza über die Ergebnisse seiner Reise berichten wird. In allen oppositionellen Klubs herrscht überschäumende Freude über den Rücktritt des lang bekämpften Kabinetts.

Man ergeht sich in allerlei Vermutungen über die Ursachen der Krise, wobei das Mißlingen des Koalitionskabinetts und die Verpflegungsfrage in Betracht gezogen werden. Demgegenüber muß aber festgestellt werden, daß der Rücktritt ausschließlich durch das Wahlrechtsproblem verursacht wurde.

Ueber den mutmaßlichen Nachfolger Tiszas, falls dessen Rücktrittsgesuch angenommen werden sollte, werden allerlei Kombinationen laut. Am meisten wird der frühere Ackerbauminister Graf Béla Serényi genannt, der in der Wahlrechtsfrage einen radikaleren Standpunkt einnimmt als Tisza, und der der Opposition Zutritt ins Kabinett gewähren würde. Auch Graf Johann Zichy wird genannt. Zichy gehörte zum intimen Kreise des Erzherzogs Franz Ferdinand. Man sagt ihm viel Verständnis für die Notwendigkeiten der Zeit nach.

•

Die Dimission des Kabinetts Tisza angenommen.

Das ungarische Telegraphen-Corr.-Bureau meldet: Da Seine Majestät der auf das Wahlrecht bezüglichen Vorlage der Regierung seine Zustimmung nicht erteilte, hat Ministerpräsident Graf Tisza die Dimission des Kabinetts überreicht, die Seine Majestät anzunehmen geruhte. Seine Majestät hat den Ministerpräsidenten mit der Weiterführung der laufenden Angelegenheiten betraut. Hinsichtlich der mit der Bildung des neuen Kabinetts verbundenen Audienzen ist bisher noch keine Entscheidung getroffen worden.

•

Graf Tisza über die Lage.

Az Est veröffentlicht einen ins einzelne gehenden Bericht über Aeußerungen Tiszas im Klub der Arbeitspartei. Tisza teilte mit, am Sonnabend habe der Ministerrat neue Vorschläge zur Ausdehnung des Wahlrechts ausgearbeitet. Hierbei sei der Leitstern gewesen, daß die Forderungen der Industriearbeiter in vollem Maße berücksichtigt werden und ihre breitesten Schichten das Wahlrecht erhalten sollten. Nur habe verhindert werden sollen, daß die Hetzer und Kampfhähne der Nationalitäten, die Agitatoren und Demagogen das Parlament füllten. Auf die Frage, was Wahres an dem Gerücht über die Neuwahlen sei, sagte Tisza: Falls der Kaiser die neue Wahlrechtsvorlage annimmt, sind Neuwahlen unnötig; widrigenfalls wird es seine Aufgabe des neuen Ministerpräsidenten sein, eine Lösung der schwebenden Fragen zu suchen. Falls er mit den jetzigen Parteien keine Mehrheit bilden könnte, müßten Neuwahlen folgen. Er würde aber, sagte Tisza, seinen Nachfolger raten, im Kriege vor allem die mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen zu lösen, die Kriegsnotwendigkeiten zu erledigen und die strittigen innerpolitischen Fragen für die Zeit nach dem Krieg aufzuschieben. Wie sich auch die Lage wende, so würden seine Anhänger eine Genehmigung der Kriegsnotwendigkeiten nicht verhindern; die Erledigung der inneren Streitfragen jedoch möchte sie bis nach dem Kriege verschoben sehen. Falls der neue Ministerpräsident anderer Meinung sei, nähmen sie den Kampf auf, wollten aber die Erledigung der Kriegsnotwendigkeiten und der mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen auch dann nicht behindern. Tisza betonte schließlich, die ungarische Oeffentlichkeit wünsche nicht das allgemeine geheime Wahlrecht.

22500 Tonnen versenkt.

Berlin, 23. Mai. (Amtlich.) Neue U-Bootserfolge im Atlantischen Ozean. 22500 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen befinden sich u. a. drei große bewaffnete Dampfer und eine U-Bootsfalle in Gestalt eines etwa 3000 Tonnen großen Dampfers, dessen Kommandant gefangen genommen wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das Sperrgebiet im nördlichen Eismeer.

Das Kopenhagener Blatt Tidens Tegn meldet, daß die deutsch-norwegischen Verhandlungen über die Begrenzung der Sperrzone im nördlichen Eismeer zum Abschluß gekommen sind. Das Sperrgebiet sei so weit eingeschränkt worden, daß die in dieser Gegend besonders ertragreiche Fischerei zum großen Teile geschont würde.

Von zuständiger Seite erfährt das Berliner Tageblatt hierzu, daß das Sperrgebiet nicht eingeschränkt worden ist, dagegen seien allerdings Verhandlungen mit dem Ziel, die Fischerei in einem Teil des Sperrgebiets zu schonen.

Der Alldeutsche an den Gräbern der Märzgefallenen.

Noch ein anderer Führer der Alldeutschen, Freiherr v. Bodelschwingh, Rittergutsbesitzer bei Rotenburg an der Fulda, hat in einem Briefwechsel mit dem Reichskanzler, der reizvollsten Revolutionsdrohungen gearbeitet. Als der Reichskanzler sich im Frühjahr 1915 sich in einem Schreiben an den verstorbenen Historiker Lamprecht gegen den „Glauben an die Gewalt" und die Behauptung der „Herrschaft über Belgien" wendete, drückt Bodelschwingh „seinen Schmerz und seine Empörung" aus. Er, Bodelschwingh, habe sich in allen Schichten des Volkes, besonders gerade mit kleinen Leuten, über die belgische Frage unterhalten. Ueberall habe man ihm gesagt: Wenn wir Belgien herausgeben, „dann gibt es" ... Sie stehen in dem Briefe drei vielsagende Punkte und der Freiherr fährt fort: „Ich will das dann folgende Wort nicht hierher setzen. Euer Exzellenz werden es vermuten können."

Weiter sagt er:

.... dann erfährt die Liebe und das Vertrauen zum Hohenzollernhaus eine schwere Erschütterung. Und der oberste Reichsbeamte würde die Verantwortung dafür zu tragen haben.

Der alldeutsche Briefschreiber klagt dann über die „demokratischen Organe" und über die „vaterlandslose Gesellschaft", die in dieser Presse ihr Wesen treibt". Er bedauert, daß

Die Verkäuferin.

Von Klara Bohm-Schuch.

Das Verkaufsgeschäft war der erste Zweig im Handelsgewerbe, den sich die Frauenarbeit in großem Umfange eroberte; langsamer drang sie in den Kontorberuf ein, wo ihr jetzt, besonders durch den Krieg herbeigeführt, ein breiter Raum gehört. Für den Beruf der Verkäuferin bringt die Frau von Natur viel Vorbedingungen mit: Gewandtheit im Verkehr mit dem Publikum, schnelle Anpassungsfähigkeit usw. Die Hauptursache der Verwendung weiblicher Arbeitskräfte ist aber hier wie überall ihre Billigkeit.

Die junge Verkäuferin hat eine Lehrzeit von zirka einem Jahre durchzumachen — während der sie eine Vergütung von 10 bis 20 M. monatlich erhält —, sie verdient also im Alter von zirka 18 Jahren mehr als der männliche Berufskollege. Während es aber der Verkäufer meistens so weit bringt, daß er ein Gehalt verdient, von dem er auskömmlich leben kann, so ist es bei den Verkäuferinnen die Minderheit, welche überhaupt einen höheren Verdienst als 100 Mark im Monat erreicht. Bei den Aufwendungen, welche die Verkäuferin für Kleidung machen muß, wird bei einem solchen Verdienst nur ein kümmerliches Auskommen ermöglicht. Eine wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet dieser Beruf heute nicht, noch weniger die Möglichkeit, sich in ihm eine Lebensexistenz zu schaffen. Wenn es auch Ausnahmen gibt, so bestätigen sie nur die Regel. Es handelt sich also, ebenso wie bei den Stenotypistinnen, gewissermaßen um einen Zwischenberuf vom Elternhaus zur Ehe, und leider wird er auch von der Mehrzahl der Beschäftigten so aufgefaßt. Hierauf beruhen nun viele Mißstände des Berufs.

Zunächst wird durch solche laxe und irrtümliche Auffassung eine ernste Berufsfortbildung vereitelt, denn wenn eine Beschäftigung nur als vorübergehend gilt, werden die langen Freistunden nicht mit Lernen ausgefüllt werden. Es entspringt hieraus aber auch eine gewisse Leichtheit der ganzen Lebensauffassung und eine Verständnislosigkeit gegenüber allen Bestrebungen, die auf Zusammenschluß der Berufsangehörigen zur Hebung des Berufs selbst und zur Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzielen. Der obligatorische Fortbildungsschulzwang ist sehr gut und nützlich und er wird immer weiter ausgebaut werden müssen, aber der Grundfehler liegt wohl in der unterschiedlichen Erziehung von Knaben und Mädchen. — Leider ist unser ganzes Erziehungssystem noch darauf eingestellt, daß der Junge wohl einen Beruf erlernen muß, weil er sich eine Lebensexistenz schaffen soll, das Mädchen aber nicht. Die (viel zu lange) Lehrzeit des Knaben muß also durchgehalten werden, wie schwer es oft den Eltern auch fallen mag. Das Mädchen aber muß verdienen, sobald es nur die Schule verlassen hat. „Kommt Zeit, kommt Rat" denken wohl viele Eltern, die schweren Herzens, aber trotzdem nur mit dem Verdienst der Tochter die Lehrzeit des Sohnes ermöglichen. Wie falsch dieses System ist, haben unzählige Frauen in der Kriegszeit an sich erfahren müssen; es hat zu großen Nachteilen für die Frauenerwerbsarbeit geführt, da es infolge der mangelnden Berufsausbildung für die Frau schwer ist, zur Qualitätsarbeiterin anzuleiten und damit der gleichen Entlohnung wie der männliche Arbeiter teilhaftig zu werden. Hier wird, auf die Erfahrungen der Kriegszeit gestützt, ein Ausgleich zwischen Knaben- und Mädchenerziehung einsetzen müssen, indem die praktische Berufsausbildung der Knaben verkürzt und damit ihres ausbedungenen Charakters entkleidet, eine solche für die Mädchen bei absolut freier Berufswahl aber geschaffen wird. Daneben muß, wie schon bemerkt, die theoretische Berufsfortbildung weiter ausgebaut werden.

Die soziale Schichtung der Verkäuferinnen ist eine sehr verschiedene; Töchter von Arbeitern, Handwerkern, Kaufleuten und Beamten erwählen diesen Beruf. Dadurch treten dem organisatorischen Zusammenschluß weitere Hindernisse in den Weg. Besonders in der Lebensmittelbranche kommt auch ein großer Prozentsatz der Verkäuferinnen aus hauswirtschaftlichen Berufen, weil sie hier, trotz dem vielfach vorhandenen Kost- und Logisgange, doch etwas unabhängiger leben und eine etwas bessere Entlohnung als in der Hauswirtschaft erreichen.

Der Beruf an sich ist schwer, wenn es auch vielen Leuten angenehm erscheinen mag, wenn jemand, nett angezogen, den ganzen Tag an dem Verkaufsstand aber hinter dem Ladentisch stehen und mit all den schönen Dingen hantieren kann, welche man kaufen will. Vor allen Dingen wird von der Verkäuferin Gewandtheit im Verkehr mit der Kundschaft verlangt. Jeder will schnell bedient sein, jeder will aber auch das haben, was er wünscht, wenn er selbst über seine Wünsche sich vielleicht noch nicht ganz klar geworden ist. Letzteres ist besonders bei kaufenden Frauen; sie wissen oft nicht recht, was sie wollen. Sie wollen sich erst entscheiden, wenn etwas ihrem Geschmack entspricht. Der Krieg ist hier allerdings ein strenger Lehrmeister, weil durch die Warenknappheit und durch die enormen Preise die Auswahl sehr beschränkt worden ist. Durch ein solches Zaudern beim Kauf, durch das Vorlegenlassen vieler Waren, von denen dann schließlich nichts gekauft wird, wird die Arbeitskraft der Verkäuferin über Gebühr in Anspruch genommen, ihre Geduld auf eine harte Probe gestellt. Die Verkäuferin soll immer liebenswürdig und höflich sein, auch dann, wenn es die Käuferin durchaus nicht ist.

Der Chef verlangt aber daneben, daß das Personal tüchtig ist, daß es nicht nur die Käufer bedient, sondern auch das verkauft, was er absetzen möchte.

Und diese anstrengende Tätigkeit wird bei einer Arbeitszeit von 9 bis 11 Stunden täglich, und meistens stehend, ausgeübt, nachdem durch die Festsetzung des Siebenuhr-Ladenschlusses während des Krieges die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt worden ist. Aber diese eine Erholungsstunde, welche die Not des Krieges den Ladenangestellten gebracht, war in Gefahr, durch Beschluß des Bundesrats wieder beseitigt zu werden. Dagegen haben sich die Angestellten unter Führung des Zentralverbandes so tapfer gewehrt, daß für die Kriegszeit der Siebenuhr-Ladenschluß bestehen bleiben wird. Aber nach dem Kriege? Werden die Angestellten, vor allem die Verkäuferinnen, aus diesem Vorgang gelernt haben, daß sie nur die straffe gewerkschaftliche Organisation helfen kann, ihre Lage zu verbessern? Leider ist für die Lebensmittelgeschäfte noch der Achtuhr-Schluß in Gültigkeit, und alle Bemühungen der Organisationen, vor allem des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, auch für diese Angestellten die Arbeitszeit zu verkürzen, sind bisher vergeblich gewesen. Ebenso wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag, den Siebenuhr-Ladenschluß auch für die kommende Friedenszeit beizubehalten, abgelehnt. — Das wäre nicht möglich gewesen, wenn die gewerkschaftliche Organisation der Handelsangestellten, besonders der weiblichen, besser wäre. Die Verkäuferinnen haben das größte Interesse daran, daß ihnen diese Stunde Freizeit nicht entrissen wird.

Der Zustrom frischer Arbeitskräfte zum Handelsberuf ist sehr groß. Dadurch, daß während des Krieges ein Teil des Kaufspersonals besser bezahlte Beschäftigung übernahm und starker Bedarf an Kontorpersonal eintrat (zum Teil um die im Kriege befindlichen Kollegen zu ersetzen), macht sich jetzt eine Arbeitslosigkeit nicht bemerkbar. Um so mehr ist dies nach Beendigung des Krieges zu erwarten und bei der mangelnden gewerkschaftlichen Organisation ist zu befürchten, daß ein Sinken der Gehälter und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eintreten wird. Deshalb ist es notwendig, daß die Handlungsgehilfinnen die Wichtigkeit des Zusammenschlusses begreifen, um vereint an der Hebung des Berufes zu arbeiten und seinen weiteren Niedergang zu verhindern. Der Zukunftstraum der Versorgung durch die Ehe ist für viele junger Mädchen durch den Krieg zerstört. Sie müssen selbst versuchen, eigene Arbeit durchs Leben bringen, müssen versuchen, das Glück, soweit das möglich ist, selbst zu zimmern. Nun kann der kaufmännische Beruf viel innere Befriedigung geben, aber noch das Wirken und Streben für die Allgemeinheit, läßt sich vereinen, indem man in den Berufsorganisationen daran mitarbeitet, daß die Arbeit nicht mehr als vorübergehende Notwendigkeit, sondern als Lebensberuf von den Kolleginnen betrachtet wird.

Viele Mädchen werden sich natürlich auch noch dazu verheiraten, aber auch sie werden unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse in weit größerem Umfange als vor dem Krieg erwerbstätig sein müssen. Gerade für diese Frauen bedarf der kaufmännische Beruf ungeheurer Reformen. Zu deren Erringung ist der gemeinsame Wille aller Berufsangehörigen notwendig, und der törichte Konkurrenzkampf der Geschlechter muß, leider im Handelsgewerbe noch immer stark zu finden ist, ganz ausgeschaltet. Nicht gegeneinander, sondern miteinander haben Männer und Frauen durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß für die Zukunft zu kämpfen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170524/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Berliner Tageblatt nicht für die Dauer des Krieges verboten worden sei. Ihm antwortete im Auftrage des Reichskanzlers Unterstaatssekretär Wahnschaffe.

Aber Freiherr v. Bodelschwingh läßt sich nicht beruhigen. Er erklärte dem Reichskanzler in einem neuen Briefe, er könnte nicht still abwarten. Dann schreibt er:

„Gestern habe ich dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain einen Besuch abgestattet. Er redet eine ernste Sprache. Waren auch dort die Verblendeten schließlich Opfer gewissenloser, zum Teil ausländischer und nicht germanischer Aufwiegler, so beweist doch der 18. März immerhin, zu welchen beklagenswerten Ereignissen es kommen kann, wenn nicht rechtzeitig den berechtigten Forderungen der Zeit Rechnung getragen wird."

Die „berechtigten Forderungen der Zeit", für die einst die Märzkämpfer ihr Leben opferten, waren freilich ganz anderartig als die Gewaltpolitik der heutigen Alldeutschen. Aber das Bild bleibt von unvergeßlichem Reiz: Der alldeutsche Freiherr, der die Gräber der Märzgefallenen besucht und ihre Schatten gegen die Hohenzollern heraufschwört.

* * *

Ein zweiter Gebsattel-Brief.

In dem Briefwechsel zwischen dem Alldeutschen Verbande und dem Reichskanzler veröffentlicht das Berliner Tageblatt noch ein Antwortschreiben, das Frhr. v. Gebsattel am 20. Mai 1916 von Bamberg aus an den Reichskanzler gesandt hat und das folgenden Wortlaut hat:

„Euer Exzellenz befinden sich in einem gefährlichen, ja geradezu verhängnisvollem Irrtum und übersehen die der Wirklichkeit entsprechende dritte Möglichkeit: die von mir erwähnte Stimmung ist vorbereitet durch den vollkommenen Zusammenbruch der deutschen Politik gegenüber England und Rußland im Sommer 1914 und würde mit eisernster Gewalt hervorbrechen, wenn der Friede trotz gegebener Möglichkeit angesichts der ungeheueren Opfer enttäuschen würde.

Wenn Euer Exzellenz das eben Gesagte in Ueberlegung ziehen wollen, dann wird auch der Vorwurf wegfallen müssen über den „ins Groteske gesteigerten Mangel an politischer Einsicht in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes", den Euer Exzellenz aus meinem Schreiben entnehmen zu dürfen glauben, und der recht sonderbar anmutet angesichts des nunmehr für die Gesamtheit offenkundig gewordenen Ergebnisses der amtlichen äußeren Politik des Reiches, das, wie ich zu bemerken die Ehre hatte, einen Zusammenbruch ohnegleichen bedeutet.

Ich drohte nicht — ich warnte Euer Exzellenz!"

Dazwischen wendet Frhr. v. Gebsattel sich noch gegen den Vorwurf, die Alldeutschen hätten „die Fensterscheiben zerschlagen".

Auch dieser Brief ist interessant. Das Berliner Tageblatt bemerkt hierzu mit Recht: „Auf den sozusagen „sachlichen" Inhalt dieser alldeutschen Briefe einzugehen, halten wir für überflüssig. Alle politischen Fehler, die im Laufe der letzten fünfzehn oder zwanzig Friedensjahre in Deutschland gemacht wurden, sind auf Anstiften, unter dem Ansporn und unter dem brausenden Beifall der Alldeutschen gemacht worden — oder vielmehr all derjenigen politisch kenntnislosen Personen und Kreise, die vom alldeutschen Geist berührt sind, mögen sie sich nun alldeutsch oder konservativ oder nationalliberal oder selbst liberal nennen. Die Nachgiebigkeit gegenüber diesen Elementen und der Wunsch, es ihnen recht zu machen oder nicht ganz mit ihnen zu verderben, haben zu allen Fehlern geführt. Aber man sieht, daß der stellvertretende Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes auch in seinem zweiten Schreiben an dem Revolutionsgedanken festhält. Obgleich er nicht „droht", sondern nur „warnt".

•

Die Zensur.

Eine Kleine Anfrage des Abg. Dr. Werner-Gießen von der Deutschen Fraktion über die Handhabung der Zensur hat der Reichskanzler wie folgt beantwortet:

„Der in dem Schreiben an den Reichsverband der deutschen Presse vom 1. August 1916 gegebenen Zusicherung, daß eine milde Handhabung der politischen Zensur stattfinden werde, ist entsprochen worden. Unter dem 1. August 1916 ist die Erörterung der politischen und wirtschaftspolitischen Fragen ohne Beschränkung freigegeben, wenn bei ihr gehässige oder die Gesinnung anderer Parteien und Erwerbsstände herabwürdigende Auseinandersetzungen vermieden werden. Vom 28. November 1916 an ist auch die sachliche Erörterung der Kriegsziele unter gewissen Voraussetzungen gestattet. Die Zensurstellen sind ferner angewiesen worden, Bücher, Zeitschriften und Broschüren, die auf Grund der früheren schärferen Zensurbestimmungen verboten oder beschlagnahmt waren, auf Antrag erneut zu prüfen und, falls sie den jetzigen Bestimmungen gerecht werden, freizugeben."

Deutsches Reich.

Der Unfug mit dem Hindenburg-Frieden.

Seit einiger Zeit haben es sich die Herren Ueberannexionisten zum Sport gemacht, bei jeder Gelegenheit in die Welt hinauszuposaunen, daß von der Obersten Heeresleitung ihre Kriegszielforderungen geteilt werden. So wurde in der alldeutschen Presse in den letzten Tagen sehr viel Wesens von einem Telegramm des Feldmarschalls Hindenburg an eine Versammlung des „Unabhängigen Ausschusses für den deutschen Frieden" in Danzig gemacht, in dem Hindenburg dringt hatte, er hoffe mit den Versammlungsteilnehmern „fest auf die Erfüllung ihrer Wünsche für des Vaterlandes Zukunft". Man hütete sich aber, den Inhalt des Telegramms der Danziger Versammlung bekanntzumachen, so daß der Anschein entstehen konnte, dem Feldmarschall Hindenburg sei von Danzig aus ein Katalog der bekannten alldeutschen Kriegsziele übersandt worden und er hätte sich damit einverstanden erklärt. In Wirklichkeit haben die Danziger dem Feldmarschall nur gedrahtet, daß sie zuversichtlich einen den gebrachten Opfern entsprechenden und für des Vaterlandes gesicherte Zukunft bürgenden Frieden erhoffen. Also nur ein paar harmlose allgemeine Redensarten, auf die der bei den Alldeutschen so wenig beliebte Bethmann, wenn man ihn angetelegraphiert hätte, wörtlich ebenso hätte antworten können, wie dies der Feldmarschall Hindenburg getan hat.

Ein ähnlicher Unfug wird jetzt von der Kölnischen Volkszeitung getrieben, die sich im Gegensatz zur Haltung ihrer Partei die extrem-annexionistischen Forderungen zu eigen gemacht hat. Sie druckt in der Zeitung ein Formular ab, in dem die Unterzeichner ihr Einverständnis mit einem „deutschen Hindenburgfrieden" erklären sollen. An der Spitze dieses Formulars steht: „Keine Eroberungs- und Annexionspolitik, aber Friedenssicherung und gerechte Entschädigung".

Die Kölnische Volkszeitung scheint damit zu rechnen, daß die Leute, die das verhältnismäßig nichtssagende Formular unterzeichnen, nicht genügend darüber unterrichtet sind, daß die Kölnische Volkszeitung das Erzbecken von Brie, den Welthafen von Antwerpen, die flandrische Küste, die belgischen Kohlenlager und andre schöne Dinge von Deutschland eingesteckt haben will. Sie will offenbar mit den schönen Worten von dem „deutschen Hindenburg-Frieden" Leute einfangen, die nicht recht wissen, was eigentlich los ist.

So wird von den Herren Annexionisten mit ihrem deutschen Hindenburg-Frieden, einer Erfindung, die übrigens erst vor einigen Wochen gemacht wurde, jetzt ein recht grober Unfug getrieben. Aber die Leute sind ja in ihrem Fanatismus zu allem fähig! Sie sind vom Eroberungsfieber so verblendet, daß sie die Lage, in der sich Deutschland in Wirklichkeit befindet, vollkommen verkennen. Sonst könnten sie gar nicht solch unsinnige Eroberungspläne aufstellen. Da ist es kein Wunder, daß ihnen auch das törichtste Mittel recht ist, um bei der Oeffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß ein erheblicher Teil des Volkes hinter ihnen steht.

Tarifreform für den Personenverkehr.

Zur Erhöhung der Personentarife auf den bayerischen Eisenbahnen gab in der gestrigen Sitzung des Landeseisenbahnrates der Verkehrsminister eine nähere Begründung. Es ist daraus hervorzuheben, daß nunmehr alle deutschen Eisenbahnverwaltungen eine gemeinsame Erhöhung ihrer Personen- und Gütertarife in Erwägung gezogen haben; auf Grund bisheriger unverbindlicher Verhandlungen haben die Bundesregierungen mit Staatsbahnbesitz vor allem die Verbesserung des Personentarifs und die Aufrechterhaltung des einheitlichen Personentarifsystems ins Auge gefaßt. Die Tariferhöhung kann nur im Zusammenhang mit einer neuen Regelung der Fahrkartensteuer vorgenommen werden, die die Umrechnung sämtlicher Personentarife ohnedies erforderlich macht und wohl nicht vor dem 1. Januar 1918 durchgeführt werden kann. Das Gütertarifwesen dürfte aber erst nach dem Kriege einer umfassenden Umgestaltung unterzogen werden, und zwar erst dann, wenn das Erwerbsleben wieder in geordnete Bahnen gebracht ist.

Parlamentarische Studienfahrten.

Die erste parlamentarische Studienfahrt wird in allernächster Zeit stattfinden. Sieben Reichstagsabgeordnete, Angehörige aller Fraktionen, werden daran teilnehmen und ganz Deutschland bereisen, um sich in erster Linie über den Viehstand zu unterrichten, über die Aufbringung der notwendigen Viehmengen usw. Die erste Reise wird eine Woche dauern, eine zweite wird später folgen.

Kein Bethmann-Block. Da in letzter Zeit die sogenannten Mittelparteien des Reichstages, Fortschrittler, Nationalliberale und Zentrum, wiederholt gemeinsam vorgegangen sind, so bei den Erörterungen der Kriegszielinterpellation und dem Verfassungsausschuß, war in konservativ-alldeutschen Blättern wiederholt von einem aus den Mittelparteien bestehenden „Bethmann-Block" die Rede. Die Germania erklärt nun, daß bei einem taktischen Zusammengehen der Parteien durchaus nicht das Bewußtsein oder die Absicht vorgelegen habe, den ersten Schritt zu einer Blockbildung zu tun. Gerade in der jetzigen Zeit hätten weder die Parteien noch die Regierung ein Interesse daran, sich aneinander zu binden.

Aus der Petitionskommission des Reichstages wird mitgeteilt: „Bei allem Eifer und aller Wärme, mit der sich der Ausschuß der vorliegenden Eingaben annimmt, kann er zum lebhaften Bedauern seiner Mitglieder nicht umhin, den größten Teil derselben als zur Erörterung im Plenum des Reichstages ungeeignet zurückzuweisen. Das dem Reichstage zustehende Petitionsrecht kann nur in Anspruch genommen werden,

1. wenn der zur Geltendmachung von Ansprüchen, hier also von Unterstützungsansprüchen, gesetzlich vorgeschriebene Weg bis zur letzten Instanz erschöpft worden ist;
2. wenn die ablehnenden Bescheide im Original oder in Abschrift mit eingesendet werden;
3. wenn in solchen Fällen, in denen die Ansprüche mangels Bedürftigkeit abgelehnt worden waren, durch Beifügung der Steuereinschätzung oder in anderer Weise die Bedürftigkeit glaubhaft gemacht wird.

Entspricht eine Petition nicht diesen Voraussetzungen, so ist es unmöglich, sie zur weiteren Verhandlung zu bringen. Die strenge Beachtung der vorstehenden Fingerzeige wird manchem Petenten Enttäuschung und dem Petitionsausschuß verlorene Arbeit ersparen."

Ausland.

Schweden.

Die Torpedierung der schwedischen Schiffe.

Stockholm. Dagblad bringt zur Torpedierung der drei schwedischen Dampfer Westerland, Viken und Alpen einen mahnvoll gehaltenen Leitartikel mit der Ueberschrift „Kaltes Blut", in dem die hysterischen Ausbrüche mehrerer schwedischer Zeitungen zurückgewiesen werden, die, so heißt es, keinerlei Nutzen brächten. Der Vorschlag Brantings in der Zeitung Social-Demokraten, man solle jegliche Lebensmittelausfuhr nach Deutschland einstellen, sei ein zweischneidiges Schwert, da Schweden auch Einfuhrbedürfnisse habe. Ganz sinnlos wäre die Forderung der Zeitung Afton Tidningen, alle Deutschen aus Schweden auszuweisen, denn solche Maßnahmen müßten sicherlich zum Kriege führen. Am besten wäre es, von jedem weiteren Versuche, durch das deutsche Sperrgebiet zu fahren, abzulassen und vorherige entsprechende Abmachungen zu treffen. Vereinbare man einen neuen Tag für das schwedischen Schiffen zu gewährende freie Geleit, so könnten auch die Engländer die Möglichkeit ihrer Rücksichtnahme auf Schweden beweisen.

Spanien.

Eine befriedigende deutsche Note.

Madrid, 23. Mai. Meldung der Agence Havas. Der Ministerpräsident hat dem Kabinett mitgeteilt, die auf die spanische Note betreffend die Hoheitsgewässer eingegangene Antwort Deutschlands sei befriedigend. Die deutsche Regierung zeige sich bereit, die spanischen Hoheitsgewässer achten zu lassen.

Portugal.

Der Aufruhr in Lissabon.

Die Times melden noch über die Unruhen in Lissabon: Am Montag war die Stadt ziemlich ruhig. Nur hier und da kamen Aufläufe vor. In den Vorstädten wurden dagegen verschiedene Läden geplündert. Der angerichtete Schaden wird auf 2 400 000 Gulden geschätzt. In der Montagsnacht betrug die Zahl der Getöteten 22 und der Verwundeten 300. Insgesamt wurden etwa 300 Personen festgenommen.

Großbritannien.

Zur Wahlfrage in England.

Aus London wird gemeldet: Nach einer Erklärung der Regierung in der Sitzung des Unterhauses beträgt die Zahl der Wähler für das Parlament 8 857 000, wozu ungefähr 2 Millionen Männer und etwa 6 Millionen Frauen hinzukommen sollen. Von diesen Frauen sind zirka 5 Millionen verheiratet.

Amerika.

500 000 Kulis für Amerika.

Matin vernimmt aus Neuyork, daß eine große chinesische Gesellschaft seitdem dem Rate für die nationale Verteidigung telegraphisch das Angebot gemacht hat, der amerikanischen Regierung 500 000 chinesische Kulis zur Verfügung zu stellen, um die anderweitig nötigen Arbeiter zu ersetzen. — Die Amerikaner dürften von diesem Angebot des Verbündeten im Osten nicht sehr erfreut sein.

Aufgabe der brasilianischen Neutralität.

Reuter meldet aus Neuyork: Nach der Associated Press stimmt der brasilianische Kongreß dem Vorschlag des Präsidenten zu, nach dem die Neutralität aufgegeben werden soll.

Ueber Paris wird aus Rio de Janeiro gemeldet: Die brasilianische Regierung hat der Regierung in Washington mitteilen lassen, daß das amerikanische Geschwader, dem die Küstenbewachung obliegt, von Brasilien als eine Streitmacht zur See einer verbündeten Macht empfangen werden wird. Die Schiffe werden brasilianische Häfen anlaufen dürfen und alles für ihre Verproviantierung Nötige wird zur Verfügung stehen.

Ein Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten.

Daily Telegraph meldet aus Neuyork: In einigen Wochen wird die Frage des Verbotes alkoholischer Getränke in den ganzen Vereinigten Staaten im Kongreß beraten werden. Dies würde einen Verlust von rund 78 Millionen Dollar in den Staatsdomänen bedeuten.

Aus aller Welt.

Der Ablershofer Brand.

Bei dem Riesenbrande der Kahlbaumschen Fabrik in Ablershof sind Menschen nicht ums Leben gekommen. Die Macht des Feuers konnte erst in der ersten Vormittagsstunde gebrochen werden. Bis auf die Wirtschaftsgebäude, die Spritfabrik und den die Schreibstuben enthaltenden rechten Flügel sind die ausgedehnten Fabrikanlagen ein Raub der Flammen geworden. Die Entstehungsursache konnte bisher nicht festgestellt werden, da die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Abgesehen von der vernichteten Fabrik ist der ganze Ort Ablershof und namentlich die in der Nähe der Brandstätte gelegenen Straßenzüge stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Dächer der Häuser wurden teilweise angedeckt, Schaufenster zerschrieben sind zertrümmert, Türfüllungen herausgeschleudert und auch Wohnungseinrichtungen erheblich beschädigt worden.

In weitem Umkreis von Ablershof konnte die gewaltig zum Himmel emporragende Feuersäule und die sich mächtig entwickelnden schwarzen Rauchwolken gesehen werden. Die Entzündungen, die in geringen Zwischenräumen aufeinander folgten, verspürte man sogar im Innern von Berlin. Die in der Nähe der Fabrik gelegenen Häuser mußten geräumt werden. Ein Teil der Bewohner, namentlich Frauen, nahm die gerade erreichbare Habe und wanderte in die umliegenden Ortschaften. Das Straßenpflaster von Ablershof war mit zerbrochenen Fensterscheiben, Mauerziegeln, Türbekleidungen und Wandverkleidungsgegenständen dicht bedeckt. Das Feuer wütete mit solcher Macht, daß die aus allen Nachbargemeinden von Berlin und Neukölln eintreffenden Feuerwehren nur mit Mühe und unter Benutzung aller Schutzvorrichtungen mühsam vordringen konnten. Der Versuch, die Dampfspritze unmittelbar aus dem Teltow-Kanal zu speisen, mußte aufgegeben werden, weil dieser im Verhältnis zu dem Brandherd zu tief lag. Obwohl von allen Seiten in reichem Maße Wasser gegeben wurde, stürzte eine Mauer nach der anderen mit gewaltigem Getöse zusammen. Gegen Mitternacht bildete der größte Teil der Fabrikanlagen ein einziges Flammenmeer. Mit Krachen flogen brennende Holzsplitter umher und verletzten mehrere Feuerwehrleute an Gesicht und Händen. Die ganze Nacht hindurch tobte der Riesenbrand.

Jugendgleisung.

† Berlin, 23. Mai. (Amtlich.) Heute Mittwoch, um 5 Uhr nachmittags, entgleiste auf Bahnhof Großlichterfelde-Ost bei der Einfahrt der drittletzte Personenwagen des Vorortzuges 1156 in Weiche 21. Zwei Fahrgäste erlitten unerhebliche Verletzungen. Das Vorortgleis der Großlichterfelde—Potsdamer Ringbahn war bis 12 Uhr nachmittags gesperrt. Der Betrieb konnte eingleisig aufrecht erhalten werden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Feuersbrünste.

† Adelsheim (Baden), 22. Mai. In dem zwei Stunden von hier entfernten Bobstadt brach gestern abend ein Brand aus, dem binnen vier Stunden acht Wohnhäuser und zehn Scheunen zum Opfer fielen.

† Bialystok, 23. Mai. In dem von der Nowogroder, Kichner und Aschstraße begrenzten Teil der Wilnaer Neustadt hat laut Korrespondenz-Bureau gestern abend eine Feuersbrunst ein ganzes Häuserviertel vernichtet.

Die Brandkatastrophe von Gyöngyös in Ungarn.

Budapest, 23. Mai. Bei dem Riesenbrande in Gyöngyös sind 1400 Häuser vernichtet worden. Der angerichtete Schaden wird auf 50 Millionen Kronen geschätzt. Bisher wurden 11 verkohlte Leichen aus den Trümmern geborgen. Zahlreiche Verwundete wurden mit Spitalszügen nach Budapest gebracht.

Zum Torfmoorbrand bei Valthermonde.

Amsterdam, 23. Mai. Der Torfmoorbrand bei Valthermonde wütet noch fort. Ungefähr 100 Wohnungen sind den Flammen zum Opfer gefallen. Etwa 20 Personen kamen in den Flammen um. Vier Schiffe sind ebenfalls dabei verbrannt. Auf Ersuchen des Landwirtschaftsministers sind Pioniere nach der Gegend, wo der Torfmoorbrand wütet, abgegangen, um bei den Löscharbeiten Hilfe zu leisten.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte für den 25. Mai:

Keine wesentliche Aenderung.

Letzte lokale Nachrichten.

Laubegast-Tolkewitz. Die vom Sozialdemokratischen Verein einberufene Mitgliederversammlung im Gasthof in Leuben findet erst über acht Tage, am Donnerstag den 31. Mai, statt. Wir bitten das zu beachten.

Kemnitz. In den Versammlungslokalen von Wiedemann und Gäbler gelangt am 25. Mai auf den Kopf ein Ei zum Preise von 30 Pf. zur Verteilung. Bei Herrn Wiedemann werden die Eierkarten der Nummern 79 bis 200 und bei Herrn Gäbler 71 bis 171 und 1 bis 50 beliefert.

Telegramme.

Versenkt.

Paris, 23. Mai. Die Agence Havas meldet: Der Dampfer Sontah (7218 Br.-Reg.-T.) der Messageries Maritimes, mit 91 Mann Besatzung, ist am 8. April torpediert worden, als er sich mit 544 Fahrgästen auf der Fahrt von Salonik nach Marseille befand. 45 Personen sind umgekommen. Der Kapitän des Schiffes wird vermißt.

Die Wahlreform angenommen.

† London, 23. Mai. Das Unterhaus hat das Wahlreformgesetz, das die von einer Konferenz der Vertreter aller Parteien gebilligten Vorschläge in sich schließt, mit 329 gegen 40 Stimmen angenommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170524/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verteilung von Teigwaren.

Der Stadtgemeinde Dresden steht ein Posten Teigwaren zur Verfügung. Zu seiner Verteilung wird folgendes bestimmt:

§ 1. Jede Person, die eine Lebensmittelkarte (graue oder gelbe) auf die Zeit vom 15. Mai bis 11. Juni 1917 besitzt, hat Anspruch auf

150 Gramm Teigwaren.

Wer von dem ihm hiernach zustehenden Bezugsrechte Gebrauch machen will, hat den der Lebensmittelkarte angefügten Ausweis „31" (15. Mai bis 11. Juni 1917) abzutrennen und in der Zeit vom 24. bis 26. Mai 1917 in einem einschlägigen Geschäft zur Belieferung **anzumelden.**

§ 2. Die Geschäftsinhaber haben die Namen der Besteller und die Zahl der von jedem abgegebenen Ausweise in das Kundenbuch einzutragen und **am 29. oder 30. Mai 1917** die Ausweise aufzurechnen und in Paketen zu 83 Stück = 25 Pfund verpackt der zuständigen Meldestelle abzugeben. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

Als Meldestellen werden eingerichtet:

a) für Großbetriebe des Kleinhandels (Konsumvereine, Einkaufsvereine) die Geschäftsstelle der Warenverteilungsgesellschaft für Dresden und Umgebung m. b. H., Bautzner Straße 43, I.,

b) für Geschäfte, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H. in Dresden sind, die Geschäftsstelle dieser Gesellschaft, Obergerbergasse 4,

c) für Geschäfte, die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Butterhändler in Dresden sind, die Geschäftsstelle dieses Vereins, Kaulbachstraße 18,

d) für Geschäfte, die weder unter a, noch unter b und c fallen, die Firmen

Nossack & Baldamus, Kleine Packhofstraße 3
Merbitz & Mechler, Devrientstraße 11
Holm Jumpe, Josephinenstraße 2
Moritz Hennig & Co., Oitra-Allee 29
G. Greifschneider, Schreibergasse 18
Georg Pohle Nachfg., Steinstraße 9
Max Leipert, Förstereistraße 10.

§ 3. Die Meldestellen vermitteln den Bezug der den abgegebenen Ausweisen entsprechenden Mengen von Teigwaren. Jeder Ausweis „31", ausgestellt auf die Zeit vom 15. Mai bis 11. Juni 1917, berechtigt zum Bezuge von 150 Gramm Teigwaren.

Die Geschäftsinhaber haben die von ihnen bestellte Ware bei den Meldestellen selbst abzuholen und für Mengen unter 25 Pfund oder für Reste, die bei der Teilung mit 25 verbleiben, die notwendigen Gefäße mitzubringen.

Die gelieferten Teigwaren sind sodann in den Geschäften für die im Kundenbuch eingetragenen Besteller bereitzuhalten.

Bis zum 15. Juni 1917 nicht abgeholte Ware verfällt für den Besteller und ist vom Geschäftsinhaber der Warenverteilungsgesellschaft, hier, Bautzner Straße 43, I., zur weiteren Verfügung schriftlich anzuzeigen.

§ 4. Die Geschäftsinhaber und Meldestellen haben insbesondere darauf zu achten, daß sie nur den Ausweis „31", ausgestellt auf die Zeit vom 15. Mai bis 11. Juni 1917, beliefern. Alle anderen Ausweise sind zurückzuweisen.

§ 5. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt für Wasserware aus 75prozentigem Mehl 54 Pf. für 1 Pfund Schnittnudeln und Suppenteige, 52 Pf. für 1 Pfund Teigröhren und 50 Pf. für 1 Pfund Teigröhrenbruch, für Wasserware aus Auszugsmehl 72 Pf. für 1 Pfund Schnittnudeln und Suppenteige, 74 Pf. für 1 Pfund Teigröhren und 71 Pf. für 1 Pfund Teigröhrenbruch.

§ 6. Die Abrechnung mit den Meldestellen liegt der Warenverteilungsgesellschaft für Dresden und Umgebung ob. Sie hat die belieferten Ausweise „31" zu sammeln und zu vernichten.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 mit Geld bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. [S 468

Dresden, am 23. Mai 1917.

Der Rat zu Dresden.

Radeberger Hutfabrik
Dresden-A. Moritzstr. 3

Reiche Auswahl in
Backfisch-Hüten
Kinder- u. Sporthüten
aller Preislagen.

[S42
Vorteilhafte Bezugsquelle für Putzmacherinnen und Händler.

Die Goldankaufsstelle
bleibt wegen Reinigungsarbeiten im Lichthofe des Neuen Rathauses
vom 26. Mai bis mit 2. Juni geschlossen.
Es wird ersucht, die für die nächsten Tage in Aussicht genommenen Ablieferungen und Abholungen bis 25. d. M. bewirken zu wollen.
Goldankaufsstelle Dresden.
S471]

Gebr. Eichhorn
Trompeterstr. 17
Enorm billig:
Kinderwagen u. Sportwagen.
Riesenauswahl! Katal. grat.

Kinderbetten

B1975]
Ulin
macht Haar u. Bart üppig. Fl. M 1.20 in all. Apoth. u. Drog. Dresd. u. Sachs. Fabrik Uhlmann, Dresden, Wettinerstr. 15, I.

Die öffentliche Verpackungsstelle
— privates Liebeswerk von Frau Kommerzienrat Zietz —
Dresden, Sidonienstrasse 8
bleibt in der Pfingstwoche geschlossen. [S473
Wiedereröffnung: Montag den 4. Juni.

Postkarten mit Photographie, 1 Dutzend von 2.50 Mark an, liefert Richard Jähnig. Vergrößerungen nach jedem Bilde. Aufnahmen täglich bis 7 Uhr. Sonntags geöffnet von 11 bis 4 Uhr nur Marienstr. 12 [A15

E. PASCHKY.
Pillnitzer Strasse 14 — Tel. 18102
Alaunstrasse 4 — Tel. 22257
Bismarckplatz 13
Eing. Lindenaustr.
Striesener Strasse 23 — Tel. 14163
Zwickauer Strasse 137 — Tel. 22906
Wurzner Strasse 14 — Tel. 14871
Wettinerstrasse 17 — Tel. 19090, Tel. 21636
Rosenstrasse 43 — Tel. 21756
Hechtstrasse 27 — Tel. 14596
Torgauer Strasse 15 — Tel. 21569
Trompeterstrasse 5 — Tel. 42967
Kesselsdorfer Str. 16 — Tel. 80114
Plotenhauerstrasse 24 — Tel. 18890
Filialen:
Kontore und Lagerhaus:
Wettinerstr. 1. Telephon 21634.
Kontore und Versand: Dresden-A. 5. Tel. 21 634.

Für Pfingsten
von frischen Räucherungen soeben eingetroffen:
Prima Pöklinge
Allerfeinster, geräuch., zartfleischiger, extrafetter
Sommer-Speckaal
in hervorragend schönen Prachtstücken. [S473
Von frischer Zubereitung u. pikantem Wohlgeschmack:
Neuer Fisch in Gelee
die Einpfund-Dose nur 150 Pf.
Ia Schollen in Gelee
2-Pfund-Dose 3 M., 4-Pfund-Dose 5.50 M.
ausgewogen ½ Pfund 85 Pf.
Muschelfleisch in Gelee
1-Pfund-Dose 125 Pf., 2-Pfund-Dose 240 Pf., 3-Pfund-Dose 3 M.

MUSENHALLE
Verstädt. Löbtau, Kesselsdorfer Straße. Straßenbahnlinien 7, 11, 22.
Täglich 8.10 Uhr. Heute neues Programm!
Er soll kein Herr sein || DIANA
Urkomische Posse — Posse [W157
Und der neue, vorzügliche Gelstell.
Jeden Sonntag 2 Vorstellungen: 4—7, 8—11 Uhr.
4—7 Uhr nachm. Programm wie abends; ein Kind mit Eltern frei.

Täglich abend SARASANI 8 Uhr
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: Nachmittags 3½ und 8 Uhr
Circus-Programm
Ungarische Post
Akrobatische Reitszene
das Ballett
Dressuren
Hinrichtung Arnos
und
die versiegelte Order.
[S456

Das Lohnbuch zu Steuerzwecken
mit praktischen, leichtverständlichen Erläuterungen zum Kgl. Sächs. Einkommensteuergesetz von H. Wolfframm
Der beste Schutz vor Steuer-Ueberschätzung
Unentbehrlich
für Lohn und Gehalt empfangende Steuerzahler, im besonderen für die mit schwankendem Lohneinkommen. — Preis 30 Pf.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Wettinerplatz Nr. 10.

Moderne, neue [S452
D.-Kostüme, Jacken, Mäntel
Blusen, Röcke, Gummimäntel, auch für Mädchen, in großer Auswahl. H.-Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen preisw. zu verkaufen Gelerstr. 2, 1. Rosenbaum.

Haubennetze
Stück 60 Pf., Dtzd. 6 M.
Haarmanufaktur
Frau Emma Schunke
Wilsdruffer Straße 40, II.
A116]

Strassburger Hut-Bazar
Wettinerstrasse, Ecke Gr. Zwingerstrasse
Hauptstrasse 2, Am Markt
Strohhüte 3, 3.50, 4, 4.50
grosse Auswahl
Mützen – Wäsche – Hosenträger
sehr preiswert. [S381

Bezirk
Ottendorf-Weixdorf
Sonnabend, 26. Mai, abds. 8½ Uhr
Kartell und Aktionsausschuß
gemeinsame Sitzung.
S 470] Der Vorstand.

Annähfüße
in jeder Preislage, auch für Kinder von 12 bis 14 Jahren. Dieselben werden auf einer Spezialmaschine gratis angenäht. Sind zum Klarlegen.
Gutes, wollnes Strickgarn
schwarz und grau.
Prima Häkelgarn, Knaul 50 ₰
Handzwirn, Rolle 10 ₰, 5 R. 45 ₰
Handzwirn, Rolle 13 ₰, 5 R. 60 ₰
Prima Mako-Senkel, Paar 40 ₰, 6 Paar 2.35 M [W 272
Chemnitzer Strumpfwarenfabrik- u. Gebwaren-Niederlage
Rosenstraße, Ecke Annonstraße.

Elegante (neue) Herrenhosen auch mit Umschlag, Friedensware, nur neueste Moden, billig abzug. Helm, Leipziger Str. 87. [S 142
Eleg. heller Korbkinderwagen billig Reinhardtstr. 5, 1. Konert. [19068
Glückliche Verbrecher-Geschichten
Preis 75 Pf.
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

Näh-Ahle „Juwel"
D. R. G. M. a. Patent.
I. I. Güte. u. I. unpat. Verf.
Jeder wirklich Denkende erkennt: Sie allein Stepphöhle mit eine Nähmaschine. Größte Ersparnis an Zeit, Geld, Leinwand usw. Jeder, der Leinwand ohne, der Hand zu nähen, zum Reparieren von Schuhen, Geschirren, Gärtnern, Sattlern, Zeltmachern, Fischern usw. unentbehrlich. Preis per Stück mit 5 verschiedenen Nadeln und Pfriemen
mk. 3.50
unter Nachn. Porto u. Verpack. frei. Gründlich viele Nachahmungen. Man beachte:
1. „Juwel" ist ausgezeichnet Original-Fabrikat!
2. „Juwel" ist aus Stahl hergestellt, daher solid!
3. „Juwel" hat die denkbar einfachste und billigste Form und trotzdem keinerlei Schäden unbedingt ausgeschlossen werden!
4. „Juwel" hat im Griff gelagerte Pfriemen, deshalb kein Verbiegen, Wackeln und Lockerwerden!
5. „Juwel" hat 1. Qualitätsstahl, deshalb kein Brechen! „Juwel" kann jederzeit nachgeschliffen werden, bei sachgemäßer Behandlung ewig haltbar.
General-Vertrieb
D. Döpfl, München
Sendlingerstraße 3. [A1711

Verantwortl. f. d. redaktionellen Teil: Paul Berthel, Dresden. Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen. Druck und Verlag: Kaden & Comp., Dresden.

Sächsische Angelegenheiten.

Die [illegible] Landwirtschaft in der Kriegszeit.

[illegible] Leiten die landwirtschaftlichen Vereine des Königreichs Sachsen in Dresden unter Vorsitz Geh. Rat Dr. Ehren [illegible] am 27. Mai. Aus dem vom Oekonomierat Plathmann-Renkersdorf erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß es der [illegible] gelungen ist, wie gegenüber den [illegible] Kriegszeit. Ferner tauscht auch [illegible] über die Schwierigkeiten, mit denen die [illegible] der Aufrechterhaltung ihrer Betriebe [illegible] der Futtermittel- und Düngemittelfrage zu kämpfen haben. Insbesondere verdienen aber die Landwirte [illegible]

[illegible] Bericht hat die Kriegszeit die genossenschaftliche [illegible] beeinflußt. Handel und Wandel, vornehmlich [illegible] litten unendlich unter dem Zwang der [illegible] wodurch freiwillig auch das landwirtschaftliche [illegible] in Mitleidenschaft gezogen wurde. [illegible] Aufgabe, den Landwirt in der freien Ausübung seines Berufes durch zu fördern und zu stärken, trete [illegible] der Notwendigkeit, alle Anstrengungen darauf [illegible] zu verschaffen, den Landwirten die Möglichkeit zu verschaffen, den Anordnungen zu genügen, die zahllose, oft ganz unverständliche und sich widersprechende behördliche Verordnungen an sie stellen. In dieser Beziehung hätten die Genossenschaften Großes geleistet. Die Landwirtschaft wäre ohne genossenschaftliche Betätigung nicht imstande gewesen, dem Vaterlande [illegible] zu leisten, die es jetzt von ihr fordert.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich im Kriegssturm glänzend bewährt. Die Bezugs- und Absatzgenossenschaften hätten dem Staat durch ihre [illegible] an den Aufgaben der Bezirksverbände außerordentlich [illegible] Dienste geleistet. Die Molkerei-Genossenschaften, für die [illegible] Dienste geleistet. Die Molkerei-Genossenschaften, für die [illegible] Wertes, hätten dafür gesorgt, daß nicht [illegible] vom Markte gänzlich weggeorganisiert worden sei. [illegible] glaube, daß nach dem Frieden sofort wieder die goldene [illegible] eintreten werde, irre sich. Ganz Europa [illegible] der Kaufkraft der Hungerkinder. Die Jagd nach Lebensmitteln werde noch mindestens ein Jahr anhalten. [illegible] Wert-, Fleisch- und andere Marken noch eine [illegible] werden. Die Auffüllung der Rohstoffe für [illegible] und Landwirtschaft bedürfe einer sorglichen Aufsicht [illegible] Spekulationstaumel eintreten solle. Ohne [illegible] nicht ein spekulationsfreie Uebergangswirtschaft ginge es nicht ab. Bei [illegible] der Kriegswirtschaft müssen die Genossenschaften mit [illegible] werden.

[illegible] der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaftskasse wurden bei der sächsischen Kriegsanleihe [illegible] gezeichnet. Im ganzen waren die landwirtschaftlichen [illegible] bei allen sechs Kriegsanleihen mit rund 61 Millionen [illegible] beteiligt. Der Gesamtumsatz dieser Kasse betrug 1916 [illegible] Millionen M., gegen 208 Millionen M. im Jahre 1915, also [illegible] Mehr von 135 Millionen! Die Guthaben der Genossenschaften [illegible] sich Ende 1916 auf 22 300 000 M. und waren um 9 300 000 [illegible] hier als Ende 1915!!!

Die Landwirtschaftliche Zentral-Genossenschaft sei [illegible] die zwangsmäßige Kriegswirtschaft in ihrer Wirksamkeit [illegible] gewesen, doch habe ihr Umsatz immerhin wiederum [illegible] von 2 700 000 Zentner Ware im Werte von 14 100 000 [illegible] erreicht, das sind nur 200 Zentner weniger als im Jahre vorher. Die Landesfuttermittelstelle, deren Geschäfte [illegible] im Auftrage des Ministeriums des Innern führt, brachte sie an [illegible] sächsischen Kommunalverbände 1 385 000 Zentner Ware im [illegible] von 10¼ Millionen M. zur Ablieferung. Die Zentralgenossenschaft war ferner beschäftigt als Verteilungsstelle für die [illegible] Hauptmannschaft Dresden-Neustadt, sie besorgte die Abwicklung [illegible] Protzgetreideverkehrs für den Kommunalverband Dresden und [illegible] in weiteren sieben Kommunalverbänden mit der Getreideabfuhrung für das Erntejahr 1916 betraut. Für die Reichsfleischgesellschaft wurde sie für ganz Sachsen als Kommissionär ernannt.

Für das Jahr 1916 liegen statistische Angaben von 209 Kreisgenossenschaften, die sich zugleich mit dem Warengeschäft beschäftigen, und von 52 Bezugs- und Absatzgenossenschaften vor. Der Gesamtumsatz dieser 209 Genossenschaften beziffert sich auf rund 188 Millionen M., gegen 179 Millionen im [illegible]. Die eingelegten Gelder waren am Jahresschlusse mit [illegible] M. ausgewiesen, gegen 26 400 000 M. im Vorjahre. Ausleihen waren 16 500 000 M. im Jahre 1916, gegen 11 500 000 M. im Jahre 1915. Die 52 Bezugs- und Absatzgenossenschaften verkauften insgesamt 1 875 000 Zentner Ware für 12 800 000 M. (im der Hauptsache Dünge- und Futtermittel), gegen 1 700 000 Zentner für 9 400 000 M. im Vorjahre. — Von 38 Getreide-Absatzgenossenschaften lieferten 20 statistische Angaben eingereicht. Diese setzten ab 1 300 000 Zentner für 15 400 000 M., gegen 1 100 000 Zentner für 12 600 000 M. im Vorjahre.

Einen sehr schweren Stand hatten angeblich die städtischen Molkerei-Genossenschaften, namentlich die Milchversorgungsanstalt Dresden und die Molkerei-Genossenschaft Chemnitz, die den beiden Großstädten — so wird wenigstens behauptet — wesentlich bessere Dienste hätten leisten können, wenn sich die Preispolitik der städtischen Verwaltungen den wirklichen Verhältnissen angepaßt und nicht unerfüllbaren Wünschen nachgegangen wäre. (!) Infolge des Umstandes, daß für die zu Butter, Quark und Käse verarbeitete Milch verhältnismäßig höhere Preise erzielt wurden als für Frischmilch, verringerte sich die Zufuhr der letzteren in die Städte von Monat zu Monat, ganz abgesehen davon, daß die Milchproduktion infolge des Fehlens der Kraftfuttermittel überhaupt zurückgehen mußte. Von 10 Molkerei-Genossenschaften wurden 25 Millionen Kilo, gegen 33,4 Millionen Kilo im Vorjahre und 43 Millionen Kilo im Jahre 1913, abgeliefert. Die Einlieferung ist mithin gegen das Vorjahr um rund 25 Prozent und gegen das letzte Friedensjahr sogar um 44 Prozent zurückgegangen. Als Frischmilch wurden abgesetzt

1916	1915	1913
14 000 000 Kilo	17 500 000 Kilo	21 500 000 Kilo
d. s. 56 Proz.	52 Proz.	51 Proz.

Bemerkenswert ist, daß, obwohl die Milcheinlieferung und die Verwertung der Frischmilch im Vergleich zur Verbutterung sich wesentlich schlechter stellte, allenthalben ein größerer Anteil als Frischmilch in die Städte gelangte, ein ausgiebiger Beweis der Bedeutung der großstädtischen Milchversorgungs-Genossenschaften für die Ernährung der Großstadtbevölkerung.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 7 Genossenschaften neu gegründet, 5 lösten sich wieder auf. Der Verband umfaßt heute 502 Genossenschaften, und zwar 3 Zentral-Genossenschaften, 79 Darlehens- und Sparkassenvereine, 242 Spar-, Kredit- und Bezugsvereine, 79 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 7 Trocknungs-, 23 Weide-, 27 Wasserleitungs-, 9 Dresch- und 14 verschiedene Genossenschaften.

Soweit der Bericht, der natürlich allgemeine Befriedigung auslöste.

Die Jahresrechnung für 1916 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 90 620,30 M. ab. Unter den Einnahmen befindet sich auch die Staatsbeihilfe von jährlich 12 000 M.

Zu Ausschußmitgliedern wurden Oekonomierat Plathmann-Renkersdorf und Direktor Schöne-Trebelshein wieder- und Oekonomierat Heilt-Eckartsberg bei Zittau und Schmeil-Krebes neugewählt.

Am Schluß der Tagung hielt Schuldirektor Uhlig-Lauter einen Vortrag über „Der Genossenschafter im Dienste des Heimatortes".

Die Jahresversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen im Königreich Sachsen

findet am Montag den 25. Juni, vormittags 9 Uhr, in Chemnitz im Kaufmännischen Vereinshaus an der Moritzstraße statt. Die Vorversammlung beginnt bereits am Sonntag den 24. Juni, nachmittags Punkt 3 Uhr. Am 24. Juni, vormittags 10 Uhr, findet eine Besprechung der Geschäftsführer statt. Sollte die reichhaltige Tagesordnung es notwendig machen, so wird auch am 26. Juni noch getagt werden.

Ein neues Parteiblatt in Leipzig.

In dem für Leipzig-Stadt und -Land neugegründeten Parteiverein sprach Genosse Frölich über sächsische Politik. Im Anschluß an den Vortrag teilte Genosse Buhl als Vorsitzender des Vereins mit, daß am 1. Juli unter dem Titel: Freie Presse, sozialdemokratisches Volksblatt für den 11. bis 14. sächsischen Wahlkreis, in Leipzig ein neues Parteiblatt erscheinen werde. Der Druck erfolgt vorläufig in unserer Altenburger Parteidruckerei. Die Ausgabe erfolgt täglich nachmittags 4 Uhr in Leipzig. — Genosse Pollender ist nunmehr wegen einer Rede über die Leipziger Parteiverhältnisse in der letzten Stadtverordnetensitzung unter Zahlung des Gehalts bis Ende Juni aus der Redaktion der Volkszeitung entlassen worden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Augustusplatze in Leipzig wurde ein 9jähriger Hilfsschüler von einem Postkraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß er kurz darauf verstorben ist. — In Leipzig stahl ein Unbekannter von einem Buchhändlerwagen fünf Barpakete mit einem angefügten sog. Restzettel. Der Betrag des Restzettels von 115 Mark ist von dem Unbekannten sofort eingelöst worden. Der Dieb konnte bisher nicht ermittelt werden. — In der Zuckerfabrik Frankenthal ereignete sich eine schwere Explosion. Ein Gebäude ist eingestürzt. Das Dach des Kesselhauses wurde durchschlagen. Durch einen Kessel schlug eine Stichflamme und zerstörte den Mühlenneubau. Zwei im Kessel beschäftigte Arbeiter sind gestorben, ein junger Zementierer wurde tot unter den Trümmern hervorgezogen, einer liegt noch darunter. Zwölf Personen wurden leicht verletzt. — In Frankenberg stürzte ein 48jähriger Zigarrenarbeiter in den Brunnen seines Hauses und konnte nur als Leiche geborgen werden. Er war zum Heeresdienst einberufen und aus dem Lazarett beurlaubt.

Stadt-Chronik.

Verteuerung der städtischen Volksbäder.

Die hiesige Ortsgruppe des Verbandes Deutscher Badeanstaltsbesitzer und -Leiter hatte an den Stadtrat eine Eingabe gerichtet, in der ersucht wurde, die Bestimmungen über die Strahlenbehandlung in den städtischen Krankenanstalten vom 29. November 1916 insoweit wieder aufzuheben, als danach auch an Nichtinsassen der Krankenhäuser elektrische Licht- und Wasserbäder verabreicht werden können. Weiter wurde darin um eine Erhöhung der Bäderpreise im Günzbade gebeten und endlich darum, daß in den Volksbädern der Preis für ein Wannenbad zwar herabgesetzt werde, daß aber zu der Benutzung der Wannenbäder nur die wirklich Minderbemittelten, sowie die Kinder der Volksschulen und die Handwerkslehrlinge zugelassen werden. Die Zulassung zu den Wannenbädern sollte in der Weise geregelt werden, daß unter Zugrundelegung der Steuerklasse und der Kinderzahl jeder hiernach berechtigten Person eine Berechtigungszeitkarte nach Art der jetzigen Lebensmittelkarten ausgestellt wird, die mit der eigenhändigen Unterschrift des Bezugsberechtigten versehen werden soll. Die Gesuchstellerin glaubt, daß, wenn mit der Einkommensgrenze bei Feststellung der Bedürftigkeitsfrage nicht zu hoch gegriffen und der Preis für ein Wannenbad auf 15 oder 20 Pf. festgesetzt wird, sich die Abgabe der Wannenbäder bedeutend steigern werde und daß diejenigen, die hiernach nicht mehr zur Benützung der Wannenbäder in den Volksbädern berechtigt wären, alsdann gezwungen sein würden, die Privatbadeanstalten zu benutzen. Endlich richtet sich die Eingabe noch dagegen, daß zum Nachteile der Privatbadeanstaltsbesitzer namentlich Besserbemittelte die Wannenbäder in den Volksbädern nicht nur zu Reinigungszwecken, sondern auch zu Kurzwecken in der Weise benutzen, daß sie mitgebrachte Badezusätze verwenden.

Der Rat hat nun beschlossen, das Gesuch um Aufhebung der ambulanten Lichtbehandlung auf sich beruhen zu lassen. Bezüglich des Günzbades wird erklärt, daß die Bemerkung der Gesuchstellerin, daß das Günzbad nur dem bessersituierten Publikum dienen soll, dahin richtig zu stellen ist, daß das Günzbad nach den Stiftungsbestimmungen allen Volksschichten, also auch dem minderbemittelten Publikum, durch seine Preisstellungen zugänglich zu machen ist. Ebenso muß die Bemerkung, daß das Bad Albertshof auf der Sedanstraße seine Tore nach der Eröffnung des Günzbades hat schließen müssen, dahin berichtigt werden, daß das Bad Albertshof erst mit Ende 1916, also nach elfjährigem Bestehen des Günzbades, nur in Verbindung mit der Schließung des Hotels seinen Betrieb eingestellt hat. Auch die übrigen Behauptungen der Gesuchstellerin hinsichtlich des Günzbades weist der Rat als unzutreffend zurück, insbesondere, daß dieses als Folge der Preisstellung jährlich wiederkehrende Betriebsfehlbeträge aufweise. Das Gegenteil sei der Fall, das Bad habe seit seiner Eröffnung im Jahre 1906 bis 1913 regelmäßig Betriebsüberschüsse erzielt.

Es saust das Rad.

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

[illegible] berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

Ich erwachte von den dumpfen Schlägen einer Uhr. [illegible] Schallwellen noch deutlich in der Luft nachzitterten, und [illegible] erster Blick fiel auf das Fenster der kleinen Dachkammer, auf das der Regen unermüdlich niederprasselte.

Während ich noch lag, mußte ich unwillkürlich darüber nachdenken, ob ich die Uhr wirklich gehört oder es nur geträumt hatte; alles um mich her war so seltsam und so abstoßend fremd und kalt; nie in meinem Leben war ich in einer ähnlichen tristen kleinen Kammer ohne ordentliches Fenster aufgewacht, und noch nie hatte ich in einem ähnlichen [illegible], schmalen Bett geschlafen . . .

Ich starrte empor zu der tropfenden Fensterscheibe und versuchte mich zu erinnern, wie ich dazu gekommen war, gerade diesen öden Raum und dieses Bett zu wählen.

Wann? Wie? Warum?

Es war um mich wie ein unentwirrbares Knäuel von Erlebnissen, aus denen ich mir erst mühsam wieder einen Weg zur Wirklichkeit bahnen mußte.

Langsam, langsam begannen die Erlebnisse der letzten [illegible] Stunden wie eine nebelhafte Erinnerung [illegible] mir aufzusteigen: die endlose, ermüdende Reise, die vorbeiglitt an Landschaften, verschneite Ebenen mit häßlichen, [illegible] Städten darin, der Schrei der Lokomotive durch [illegible] des Abendhimmels um die Wette zu strahlen . . . [illegible] die Fahrt über einen schwarzen Fluß, der dahinjagte durch eine unübersehbare Stadt, deren Türme sich [illegible] und Abertausende von Lichtern sich anschickten, mit den [illegible] des Abendhimmels um die Wette zu strahlen . . .

Und aus diesen Erinnerungen tauchte eine andere [illegible], die mir einen Stich ins Herz gab: die Erinnerung an [illegible] Grab auf einer kleinen Anhöhe in Pennsylvanien, [illegible] diese Erinnerung verdichtete sich mit all den anderen zu [illegible] grausigen Melodie: „Arbeiten oder hungern! [illegible] oder hungern!"

Ja, ja, nun hatte ich mich also wieder auf alles besonnen. [illegible] war achtzehn Jahre alt, ohne sonderliche Kenntnisse, ohne [illegible] und fast ohne Geld, — ich war mutterseelenallein [illegible] Welt, als Fremde in einer wildfremden Stadt, die [illegible] nicht einmal bei Tage gesehen hatte. Ich war nach [illegible] gekommen, einsam und heimatlos, gekommen aus dem ruhigen, einförmigen Dasein einer kleinen Landstadt, um nun auch meinerseits in die große Tretmühle einzugehen, die alljährlich Millionen und Abermillionen verschlingt.

Ich war nun völlig wach, sprang aus dem Bett auf das eiskalte Linoleum, fand ein Streichholz und zündete in dem wackligen Ofen ein kleines Feuerchen an. Mitten auf der Diele unter dem Dachfenster hatte sich über Nacht ein See gebildet; mein einer Schuh stand bis an den Rand voll Wasser, und meine Bluse war völlig durchnäßt. Ich kleidete mich in der feuchten, durchdringenden Kälte so schnell wie möglich an und wusch mich vorsichtig und widerwillig in dem eisigen Wasser, das in einer Blechschüssel auf dem Waschständer stand, denn es war nicht mehr frisch, es mußte seit mehreren Tagen bereits da in der Kammer gestanden haben.

Inzwischen schlug die Uhr wiederum, und ich tastete mich langsam die stockdunkle Treppe hinab, um zu frühstücken, während ich mich auf dem Wege fragte, ob ich meine Wirtin, die ich in der Nacht, aufs äußerste ermüdet, flüchtig gesehen hatte, wohl noch wiedererkennen werde. Damals hatte Miß Jamison einen verschossenen Kimono angehabt, und sie hatte, das Gesicht mit Coldcream eingeschmiert und große Wickel in den Haaren, auf dem Treppenabsatz gestanden und den Preis mit mir vereinbart, bevor das Mädchen mich in die Kammer hinaufführte.

Wenn ich mir den Kimono und die Haarwickel fortdachte und mir das Gesicht gepudert und die Haare frisiert vorstellte, so präsentierte sich Miß Jamison in meiner Vorstellung als eine rundliche, kleine, blonde Dame in den vierziger Jahren.

Einige Wochen vor meiner Abreise aus der Heimat bereits hatte ich an den „Verein junger, christlicher Mädchen" geschrieben, um mich nach einer guten und billigen Unterkunft zu erkundigen, und der Sekretär hatte mir darauf eine ganze Anzahl von Adressen gesandt, darunter auch diejenige von Miß Jamison, mit dem Vermerk: „Eine sehr christliche Dame".

Miß Jamison sah in der Tat genau so aus, wie ich sie mir vorgestellt hatte. Sie erblickte mich sofort, als ich eintrat, schüttelte mir die Hand und wies mir einen Platz am Frühstückstisch an, während ein Mädchen in schmutziger Schürze mir eine Anzahl Schüsseln vor die Nase stellte und eine andere eine warme, feuchte Serviette unter den Teller schob. Das Frühstück bestand aus einer ganzen Anzahl verschiedener kleiner Gerichte, von denen ich ohne Appetit hier und da ein wenig versuchte.

In den zwei großen Zimmern, die das ganze erste Stockwerk einnahmen, frühstückten an diesem Morgen mindestens 60 Personen an kleinen Tischen, die unheimlich nahe aneinander gerückt waren, so daß man stets das Gefühl hatte, man werde seine Nachbarn mit den Ellenbogen stoßen. Nachdem ich mich ein wenig umgesehen hatte, begann ich mir meine Tischgenossen etwas näher zu betrachten. Mir gegenüber saß ein junger Mann mit Kneifer und einem wohlgepflegten Bart; am Ende des Tisches saß eine alte Dame, die den grauen Star auf dem linken Auge hatte. Dann war da noch eine kleine, nervöse Dame mit auffallend dummem Gesichtsausdruck und neben mir ein junges Mädchen mit lebhaften, braunen Augen. Der Herr mit dem Bart sprach in einem fort, ohne auch nur die kleinste Pause zu machen; die kleine, nervöse Dame prustete in unterdrücktem Lachen, und die Dame mit dem Star hat außerordentlich interessiert, — es mußte ein furchtbar spannendes Thema sein.

Ich hatte es bald heraus, daß die Unterhaltung sich um unsere Pensionswirtin drehte, und nach und nach begann auch ich der Geschichte der Miß Jamison zu lauschen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, armen, obdachlosen Menschen eine Unterkunft zu bieten.

Miß Jamison war also vor etwa fünf Jahren in diesen ärmlichen, aber respektablen Stadtteil gezogen und hatte ein kleines, bescheidenes Pensionat eröffnet. Sie war erst kurz zuvor aus einer kleinen Stadt nach Neuyork gekommen, und da waren ihre alten Betten und Kommoden also gerade noch gut genug, um das alte, baufällige Haus auszumöblieren, das sie für mehrere Jahre gemietet hatte. Sie ist ein Genie, sagte der Mann mit dem Bart, und zwar eines jener eigenartigen Genies, wie unsere Zeit sie hervorbringt, aber sie ist keineswegs so gutmütiger Natur, wie es im ersten Augenblick den Anschein haben könnte; das erfährt man sehr bald, wenn man erst mal eine Weile mit ihr zusammen ist.

Miß Jamison war nach seiner Schilderung, trotz ihres gutmütigen Gesichts und ihrer scheinbar mütterlichen Fürsorge, auf das Geld aus wie der Teufel auf die arme Seele. Als sie das Pensionat fix und fertig eingerichtet hatte, kam ihr auch sofort die glänzende Idee, es nach dem Begründer der Religionsgemeinschaft zu benennen, deren Kirche in unmittelbarer Nähe lag, und das Resultat war, daß das Calvinheim im Handumdrehen von armen Calvinisten aber deren Bekannten geradezu überlaufen war.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170524/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die bereits zur Bildung eines Reservefonds von 100 000 M. und darüber geführt haben. Der Rat hat deshalb beschlossen, das Gesuch auch insoweit abzulehnen und die Entschließung wegen etwaiger Erhöhung der Gebühren für das Günzbad bis nach Beendigung des Krieges auszusetzen.

Weiter erklärt der Rat, daß die Volksbäder nicht bloß für unbemittelte, sondern namentlich auch für minderbemittelte Kreise der Bevölkerung bestimmt sind. Mit Berechtigungskarten könnte leicht Mißbrauch getrieben werden. Eine erhebliche Verringerung der jetzigen Benützer der Wannenbäder würde kaum zu erreichen sein, da jetzt schon nur solche Personen diese Bäder benutzen, die durch ihre Einkommens- und Familienverhältnisse gezwungen sind, diese billigere Badegelegenheit zu benutzen. Der Rückgang in der Benutzung der Privatbadeanstalten sei weniger auf die Konkurrenz der städtischen Volksbäder, als auf die Vermehrung der Badegelegenheit überhaupt, besonders in den Wohnungen, zurückzuführen.

Weil aber die Volksbäder alljährlich einen Zuschuß erfordern, will der Rat den Wünschen der Gesuchsteller dadurch entgegenkommen, daß 1. für ein Wannenbad künftig mit Seife, aber ohne Darleihung eines Handtuches 30 Pf., für die Darleihung eines Handtuches aber 5 Pf. besonders berechnet werden, und 2. daß das Mitbringen und die Verwendung von Badezusätzen in den städtischen Volksbädern verboten wird.

Zu diesen Beschlüssen haben noch die Stadtverordneten Stellung zu nehmen. Hoffentlich tun sie es in der Weise, daß sie bezüglich der Volksbäder alles beim alten belassen.

Beratungsstellen für Geschlechtskranke.

Der Vorstand der Ortsgruppe Dresden der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt vor kurzem eine Sitzung ab, um zu der Frage der Einrichtung von Beratungsstellen für kostenlose Auskunftserteilung an Geschlechtskranke Stellung zu nehmen. Es sollen diejenigen Personen beiderlei Geschlechts, welche an den furchtbaren Volksseuchen erkrankt sind, durch kostenlose Auskunftserteilung beraten, belehrt und, solange als nötig, der ärztlichen Behandlung, Beobachtung oder Ueberwachung zugeführt werden, um ihre volle Gesundheit wiederzuerlangen. Dabei ist auf Wahrung der Verschwiegenheit, besonders auch Rücksicht darauf genommen, daß denjenigen, die sich beraten lassen, keine Schwierigkeiten irgendwelcher Art entstehen. Auch Personen, die nicht versichert und nicht in der Lage sind, die ärztliche Behandlung zu bezahlen, erhalten durch Vermittlung der Beratungsstelle und auf Kosten der Landesversicherungsanstalt die in ihrem Interesse gelegene Beratung und Behandlung.

Die Dresdner Stelle befindet sich in der Landesversicherungsanstalt, Dürerstraße 26, 1., und ist bereits in Tätigkeit. Der Vorstand sprach den Wunsch aus, daß der Rat Gelegenheit nehme, die beim Stadtkrankenhause in Friedrichstadt geplante Beratungsstelle in das System der von der Landesversicherungsanstalt eingerichteten Stellen einzureihen. Damit könnten und sollen die Kranken, die dort vorsprechen, dieselben Vergünstigungen und Vorteile genießen, wie in den anderen Beratungsstellen, die nach einheitlichem Vorgehen über das ganze Reich errichtet sind und miteinander in Verbindung stehen.

In Berlin hatten diese Beratungsstellen für Namenlose so großen Zuspruch, daß immer neue Stellen eröffnet werden mußten.

Die wirtschaftliche Notlage der Altpensionäre und Beamtenwitwen.

Dazu nahm am Mittwoch eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung Stellung, die der Verein im Ruhestand lebender öffentlicher Beamten einberufen hatte. Die Frage hat für Dresden besonderes Interesse, da hier nicht weniger als 5000 Pensionäre leben.

Der Vereinsvorsitzende, Herr Obersteuerinspektor a. D. Völkel, führte aus, daß schon im Frühjahr 1915 die Verhältnisse der Altpensionäre und Beamtenwitwen infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Teuerung so außerordentlich schwierige geworden wären, daß man schon damals von einem Notstand sprechen konnte. Eine an den Landtag eingereichte Petition habe in der Zweiten Kammer am 7. April 1916 eine wohlwollende Behandlung erfahren. Die Petition, die eine allgemeine Erhöhung der Pensionsbezüge von unter 2100 M. erstrebte, sei der Regierung trotz deren Widerstandes zur Erwägung überwiesen worden. Die Staatsregierung habe den Standpunkt eingenommen, daß sie auf Grund der bestehenden Gesetze weder verpflichtet noch berechtigt sei, aus dem Staatsdienst ausgeschiedenen Beamten allgemeine Teuerungszulagen zu gewähren, sie sei nur auf Antrag in Fällen besonderen Bedürfnisses zur Gewährung einer Unterstützung bereit. Demgegenüber müsse betont werden, daß der Staat nicht bloß eine moralische und sittliche, sondern auch eine rechtliche Unterhaltungspflicht gegen verabschiedete Beamte habe. Auch die Zweite Kammer sei anderer Meinung gewesen als die Regierung. In der Ersten Kammer sei die Petition überhaupt noch nicht zur Verhandlung gelangt. (!)

Inzwischen seien nun fast weitere 1¼ Jahre verstrichen. Die Verhältnisse hätten sich seitdem geradezu auf den Kopf gestellt. Die Not habe von den aus den unteren Beamtenklassen hervorgegangenen Pensionären auf die aus dem mittleren Beamtenstand stammenden Pensionäre übergegriffen. In Dresden sei der Lebensunterhalt für eine vierköpfige Familie nach einer vom Ausschuß für Konsumenteninteressen aufgenommenen Statistik in der Zeit von April 1914 bis dahin 1916 um 75 bis 96 Proz. gestiegen. Durch die inzwischen weiter erfolgte Anziehung der Preise für alle wichtigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände habe sich die Lage der Pensionäre und Beamtenwitwen geradezu trostlos gestaltet.

Es ist deshalb eine neue und erweiterte Petition an den Landtag gerichtet worden, in der gebeten wird, allen Pensionären, deren steuerpflichtiges Einkommen 4500 M. nicht übersteigt, eine nach dem Einkommen gestaffelte Erhöhung ihrer Bezüge oder — während der Kriegszeit — eine alljährlich zu zahlende Beihilfe zu den Wirtschaftskosten zu gewähren. Wenn einzelne Pensionäre Vermögen oder Häuser haben, so dürfe dies doch kein Grund sein, nun alle anderen Pensionäre ohne Hilfe zu lassen. Das Verlangen sei durchaus nicht unbillig, habe sich doch die Staatsregierung neuerdings entschlossen, allen Beamten bis 7200 M. Gehalt Teuerungszulagen zu gewähren. Nur bezüglich der Pensionäre und Beamtenwitwen beharre sie auf ihrem alten Standpunkt. Da die jetzigen Zustände noch auf Jahre hinaus anhalten werden und eine Rückkehr zu den Friedenspreisen wahrscheinlich ausgeschlossen ist, müsse nicht nur ein baldiges, sondern auch ein dauerndes Eingreifen gefordert werden. Eine gleiche Petition sei auch an den Stadtrat gerichtet worden, um den Pensionären aus dem Gemeindebeamtenstande ebenfalls gerecht zu werden.

An die Staatsregierung ist aber eine besondere Denkschrift gesandt worden, in der die Auffassung der Regierung scharf bekämpft wird, in der auch noch weitere Gesichtspunkte angeführt werden, die eine schnelle und durchgreifende Staatshilfe unbedingt erforderlich machen. Das Hinabgleiten des Beamtenstandes auf der sozialen Stufenleiter sei bereits zur Tatsache geworden. Besonders schlimm seien die Pensionäre daran, die noch für Kinder zu sorgen hätten. Den Staat träfe eine ungeheuere Verantwortung, wenn er den Beamtenstand verkommen ließe. Das besondere Bedürfnis, von dem die Regierung im einzelnen Falle eine Unterstützung abhängig machen wolle, sei durch den Weltkrieg für den ganzen Stand der Pensionäre eingetreten und zu einem dauernden geworden.

An diese Ausführungen schloß sich eine lebhafte Aussprache, worauf folgende Entschließung einstimmig zur Annahme gelangte:

Die Versammelten sind in der ausgesprochenen Ueberzeugung einig: 1. daß die durch den Weltkrieg herbeigeführte Preissteigerung für alle Lebensbedürfnisse, die aus dem mittleren Beamtenstand hervorgegangenen Pensionäre in eine drückende Notlage, die aus den unteren Beamtenklassen hervorgegangenen Pensionäre aber in eine für die Dauer unhaltbare wirtschaftliche Zwangslage versetzt hat, 2. daß die nach den Gesetzen vom 7. März 1835, vom 3. Juni 1876 und vom 15. Juni 1912 erwähnten Voraussetzungen zu Pensionserhöhungen bei ganz besonderen und dringenden Bedürfnissen unter den Einwirkungen des Weltkrieges bei allen Pensionären mit weniger als 4500 M. steuerpflichtigem jährlichen Einkommen und bei Beamtenwitwen mit weniger als 1500 Mark steuerpflichtigem jährlichen Einkommen jetzt durchweg vorliegen und 3. daß dem wirtschaftlichen Zusammenbruche der Bezeichneten nur durch eine baldige allgemeine Erhöhung ihrer Bezüge vorgebeugt werden kann. — Sie geben sich der Hoffnung hin, daß die Staatsregierung und die Ständekammern ihren Notruf in höchster Bedrängnis nicht ungehört verhallen lassen werden.

Höchstpreisüberschreitung.

Der Produktenhändler Friedrich August Richter in Bühlau, ein Mann, der nach eigenen Angaben 60 000 M. im Vermögen hat, verkaufte im Frühjahre Gegenstände des täglichen Bedarfs zu Preisen, die weit über das behördlich erlaubte Maß gingen. Laut Anzeige ließ er sich für Weizenmehl 1,80 M. und für Grieß 1,30 M. bezahlen. Der Höchstpreis war im ersten Falle 24 und im zweiten Falle 28 Pf. In der Verhandlung versuchte der Angeklagte dem Gericht glauben zu machen, es handelte sich um Auslandsware. Dem Verlangen, den Namen seiner Lieferanten zu nennen, kam er nicht nach. Selbstverständlich glaubte ihm das Gericht nicht und verurteilte ihn wegen Preisüberschreitung zu 300 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis.

Brotmarkenfabriken.

Auf unseren Bericht über die von der Dresdner Kriminalpolizei aufgedeckten Brotmarkenfälschungen haben zahlreiche Buchdruckereien, die in den von uns im Bericht erwähnten Straßen liegen, uns um die Feststellung ersucht, daß sie nicht mit der Angelegenheit in Verbindung stehen. Wir haben uns daher an die Polizeidirektion gewandt und von dieser die Namen der Druckereien erfahren, in denen Fälschungen vorgenommen worden sind. Es handelt sich um die Druckereien von Hering, Wettinerstraße, Morgenstern, Marschallstraße, Heineck Nachf., Grunaer Straße, Oertig, Köllnerstraße, Mehnert, Bärensteiner Straße.

Außer diesen Geschäften, auf die sich unser Bericht bezieht, sind neu hinzugekommen: Klemich, Zinzendorfstraße, und Seek, Hahnebergstraße.

Die Kriminalpolizei ersucht uns ausdrücklich, darauf hinzuweisen, daß in allen Geschäften die Fälschungen von Angestellten ohne Wissen der Geschäftsinhaber während der Mittagszeit in deren Abwesenheit vorgenommen wurden.

Tariferhöhung der städtischen Straßenbahn. In seiner Gesamtsitzung hat der Rat folgenden Beschluß gefaßt, der allerdings noch der Zustimmung der Stadtverordneten bedarf: „Der Tarif der städtischen Straßenbahn soll dahin abgeändert werden, daß künftig a) für Einzelfahrkarten auf einer Linie 15 Pf. und für Umsteigefahrten 20 Pf. zu zahlen sind; b) für Zeitfahrkarten, die nur werktags gültig sind, für eine Linie 9 M. im Monat und 90 M. im Jahr, für zwei Linien 13,50 M. im Monat und 135 M. im Jahr, für sämtliche Linien 20 M. im Monat und 200 M. im Jahr; falls sie auch Sonntags gelten sollen, für eine Linie 10 M. im Monat und 100 M. im Jahr, für zwei Linien 15 M. im Monat und 150 M. im Jahr und für sämtliche Linien 22,50 M. im Monat und 225 M. im Jahr kosten; c) für Arbeiterwochenkarten für eine Linie 1 M. und für zwei Linien 1,30 M. zu zahlen sind."

Verteilung von Teigwaren. Auf jede Lebensmittelkarte gelangen 150 Gramm Teigwaren zur Verteilung; es handelt sich um Schnittnudeln, Suppenteige, Teigröhren und Teigröhrenbruch. Die Anmeldung hat auf Ausweis 31 vom 24. bis 26. Mai zu erfolgen. Der Preis beträgt für Wasserware aus 75prozentigem Mehl 51 Pf. für 1 Pfund Schnittnudeln und Suppenteige, 52 Pf. für 1 Pfund Teigröhren und 50 Pf. für 1 Pfund Teigröhrenbruch, für Wasserware aus Auszugsmehl 72 Pf. für 1 Pfund Schnittnudeln und Suppenteige, 73 Pf. für 1 Pfund Teigröhren und 71 Pf. für 1 Pfund Teigröhrenbruch.

Brotausgabe vor Pfingsten? Da der nächste Montag ein Feiertag ist, entsteht die Frage, wann das Brot für die nächste Woche ausgegeben werden soll. Bisher war es in solchen Fällen üblich, daß das Brot bereits am Sonnabend verkauft wurde. Eine baldige Bekanntmachung des Lebensmittelamtes wäre erwünscht.

Der Lingnerpark. Das Vermächtnis des verstorbenen Wirkl. Geh. Rats Dr. Lingner, der Lingnerpark am Albrechtschloß in Loschwitz, wird vom Pfingstsonntag an der Oeffentlichkeit übergeben.

Hilfsdienstpflichtige für Belgien. Die Kriegsamtstelle Dresden erläßt wiederum einen Aufruf, in dem Hilfsdienstpflichtige für das Generalgouvernement Belgien gesucht werden. Nur Nichtwehrpflichtige und nicht schon im bayerischen ländlichen Hilfsdienst Stehende kommen in Frage. Auch Facharbeiter wird angenommen, weder aus der Industrie noch aus der Landwirtschaft.

Alte Straßenbahnscheine. Die städtische Straßenbahn wird in den nächsten Tagen zum Verbrauche älterer Fahrscheinbestände auf den Stadtlinien auch Fahrscheine für 10 Pf. zum Verkaufe geben, die einen anderen Wert-Aufdruck tragen und größtenteils auch eine andere Farbe als die bisher verwendeten 10-Pf.-Fahrscheine besitzen, u. a. auch Fahrscheine zu 5 Pf.

Einbruch in Briefkästen. In den letzten Tagen sind in einem westlichen Vororte von Leipzig, wie der dortige Polizeibericht meldet, verschiedene Briefkästen erbrochen und ihres Inhalts beraubt worden. Große Werte dürften den Dieben mit den aus den Briefkästen entwendeten Briefen allerdings kaum in die Hände gefallen sein, um so größer aber der Schaden sein, der durch das Abhandenkommen der Briefe entstanden ist.

Der Sommerfahrplan käuflich. Der vom 1. Juni an gültige Sommerfahrplan der Staatseisenbahn ist erschienen und kann zu 25 Pf. bei allen sächsischen Eisenbahnstationen, Fahrkartenausgaben usw. bezogen werden.

Aus der Umgebung.

Striesen. In den einschlagenden Geschäften werden nächsten Freitag den 25. und Sonnabend den 26. Mai auf Bezugsschein Nr. 17 250 Gramm Schnittnudeln zu 25 Pf. abgegeben. — Freitag den 25. Mai, vormittags von 8 Uhr an, werden in hiesiger Freibank geräucherte Seefische und gebörrter Klippfisch verkauft. Eigene Kartoffelkarte vorzeigen; Geld abgezählt bereithalten.

Deuben. Sonnabend den 26. Mai, vorm. von 11 bis 12 Uhr, hat in den Volksküchen der Gastwirtschaften der Herren Börner, Greiner und Pinkert und am gleichen Tage von 2 bis 6 Uhr nachmittags für die Teilnehmer an der Turnhallen-Volksküche in den betreffenden Lokalen die Vorausbezahlung der Mittagskost zu den üblichen Preise von 20 und 40 Pf. für die Portion auf die Zeit vom 29. Mai bis 9. Juni gegen Aushändigung der neuen Eßkarten zu geschehen. Bezahlung hat möglichst in abgezählten Beträgen und nur durch Erwachsene zu erfolgen. Abmeldungen sind zuvor, und zwar bis Donnerstag dieser Woche mittags, im Rathaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 6, zu bewirken. Auf Bezahlung der nicht abgemeldeten Portionen muß selbst bei Nichtabholung der Speisen künftig unbedingt bestanden werden.

Deuben. Nach einer Bekanntmachung der Kgl. Amtshauptmannschaft vom 10. Mai wird zur Durchführung der am 9. Dezember 1915 und am 15. März 1916 durch Anschlag zur allgemeinen Kenntnis gebrachten Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos betreffend die Enteignung, Ablieferung und Einziehung von Gegenständen aus Kupfer, Messing und Reinnickel, die bisher Metallsammelstelle, die sich im Straßenbahnhof Deuben befindet, wieder geöffnet. Als Annahmetage werden bestimmt: Dienstag den 5. und 12. Juni, Donnerstag den 7. und 14. Juni, nachmittags von 3 bis 5 Uhr.

Bühlau. Margarine-Verteilung. Sonnabend den 26. Mai kommen auf jeden angemeldeten Abschnitt Q der Landesfettkarte in Verbindung mit Abschnitt 35 des blauen Bezugsausweises 100 Gramm zum Preise von 40 Pf. zur Verteilung. Anmeldung hat bis Donnerstag den 24. Mai abends zu erfolgen.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Gefährliche Körperverletzung.

In der Gasanstalt zu Löbtau war der Arbeiter Joseph Kut Wittner beschäftigt. Beim Herausziehen des Kokses aus den Retorten in der Nacht zum 1. März funktionierte die Arbeit nicht in der gewünschten Weise. Der auf der Galerie stehende Maschinist B. mit dem W., der unten vor der Retorte hantierte, zu, er schlafe wohl. W. antwortete: „Wenn du nicht weggehst, haue ich dir die Zähne in den Ranzen" und schlug mit der Spachtel (ein langer Löffel mit eisernem Stiel) nach seinem Vorarbeiter auf der Galerie. B. erhielt einen kräftigen Schlag in die Seite, daß er vier Wochen erwerbsunfähig war und heute noch Schmerzen verspürt. Das Gericht verurteilte W. wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Woche Gefängnis. Man hatte mildernde Umstände angenommen, weil der Angeklagte durch die Nachtarbeit übermüdet war.

Einmieterdiebstahl.

Der 19jährige Fabrikarbeiter Louis Kamchs verbüßt gegenwärtig eine Strafe in Stendal. Er stammt aus Tangermünde und hat auch dort einen Diebstahl verübt. Im Oktober war er mittellos in Dresden. Er mietete sich bei einer Witwe ein und benutzte das erste Alleinsein in der Wohnung sofort zu einem Diebstahl, indem er der Frau 120 Mark Bargeld, eine goldene Uhr mit Kette, eine Brosche und einem dort wohnenden Schlosser einen vernickelten Amboß (als Briefbeschwerer) entwendete. Die Diebesbeute hatte einen Gesamtwert von 250 Mark. Auf dem Hauptbahnhof wurde K. festgenommen. Als Entschuldigung gab er an, sein Vater habe ihn zu Hause „rausgeschmissen", weil er als Lehrling zu wenig verdiente. Diese Angaben wurden ihm nicht geglaubt, da er in seiner Heimat auch schon bestraft ist. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von sechs Wochen.

Jugendstrafkammer.

Unter falschen Vorspiegelungen verschaffte sich der 17jährige Meller Erich Walter Krauß das Dienstbuch seines Freundes P. und nahm unter Vorzeigung desselben eine Stellung bei Frau Gutsbesitzer P. in Marschütz an. Nach drei Tagen verschwand er heimlich wieder, angeblich, weil er sich mit seiner Umgebung nicht vertragen konnte. Beim Fortgehen ließ er eine Damenuhr, drei Handtüchchen mit 77 M. Inhalt, ein Stück Butter und ein halbes Brot verschwinden. Denselben Tag, es war am 24. März, begab er sich noch in den Dienst beim Gutsbesitzer H. in Langenhennersdorf bei Königstein. Auch dort verschwand er nach wenigen Tagen mit Vorher erbrach er aber den Reisekorb eines anderen Mieters und stahl daraus drei Sparkassenbücher mit zusammen 2740 M. Guthaben, eine Quittung über 500 M. Kriegsanleihe und für gegen 160 M. Kleidungsstücke. Die Sparkassenbücher und die Quittung wurden ihm bei seiner Festnahme in einem Dresdner Automatenbuffet wieder abgenommen. Das Gericht verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis und einer Woche Haft. Wegen des Arbeitsbuches wurde nur Uebertretung angenommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170524/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Eine Fahrt zur Front am Sereth.

III.

Im ehemaligen Kampfgebiet.

Von Bukarest gelangen wir in das Etappengebiet um Buzeu und Rimnicul-Sarath, am Rande des Gebirges. Das ist das Gebiet der schweren Verfolgungskämpfe, die nach der Besetzung von Bukarest aufgenommen wurden, um den geschlagenen Gegner vor dem Terrain nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen. Wer jetzt die Bahnlinie und vielfach holperigen Landstraßen Rumäniens passiert, kann sich eine Vorstellung von den ungeheuren Schwierigkeiten jenes Vormarsches machen. Oft bis zu den Knien in dem durch Regen versumpften, grundlosen Boden steckenbleibend, mußten die Truppen sich vorkämpfen. Wie schwer muß der Nachschub der Verpflegung und der Munition auf diesem Terrain gewesen sein und wie mußten die Pioniere arbeiten, um neue Brücken über die zahlreichen, tiefeingeschnittenen Wasserläufe zu schlagen. Während die Donauarmee östlich von Bukarest, an der Jalomitza entlang, und dann nordöstlich gegen Braila vorging, trieben Teile der neunten Armee, unter Führung [illegible], den rechten Flügel der Rumänen über den Buzeu und Rimnicul zurück. Von Rimnicul-Sarath besuchten wir die Höhe 417.

Von dieser Höhe übersah ich die weiten Gefilde, auf denen an den Weihnachtsfeiertagen 1916 die schwere Schlacht geschlagen wurde. Die Russen waren frische russische Korps herangeführt, um die Deutschen aufzuhalten und zurückzuwerfen. In Paris und bei den Verbündeten hoffte man damals noch immer auf eine rumänische „Marneschlacht" und damit auf die Rettung Rumäniens. Die Höhe 417 am Rande des Gebirges beherrschte weithin das Schlachtfeld. Hier hatten die Russen sich in günstigen Stellungen ein und führten starke Artillerie herbei. Während unten in der Ebene das erste Ersatzkorps unter General Morgen zum Angriff vorging, arbeiteten sich bayerische Bataillone durch die Schluchten eines seitlichen Gebirgstales an die russischen Stellungen heran. Mehrere Tage lang wogte auf der Höhe der harte Kampf vor und zurück. Auf dieser Höhe befanden wir uns inmitten der frischen Spuren unter erschütternden Erinnerungen des grausamen Kampfes von Mensch zu Mensch. Die Hänge der Höhe sind von Granattrichtern dicht übersät. Zahlreiche Schützengräben, Reservestellungen, Unterstände der Artillerie sind noch erhalten; überall liegen Granathülsen, zerschossene Drahtverhaue, verschossene Patronen in Menge. Langsam ging ich über die Höhe; hier las ich auf einer Kappelschrift auf: „In Treue fest" — der Sohn einer deutschen Mutter, der es getragen, ruht wohl seit Monaten hier im Schoß der fremden Erde. Da stieß ich auf zerschlissene Uniformstücke, dort auf einige leichenhafte Traubblätter, es waren Blätter aus einem russischen Gebetbuch. Auf der höchsten Stelle ein Massengrab. Von einem Holzkreuz eingesäumt, zwei lange Erdhügel, unter denen russische Tote schlummern, und daneben eine Reihe, auf der die Inschrift eines einfachen Kreuzes vermeldet: Hier ruhen deutsche Krieger. Dreizehnhundert Russen sind auf dieser Höhe allein im Kampfe gefallen und der zweihundert Söhne aus dem Vaterland. Alles Entsetzen des Ringens wird hier lebendig. Ergriffen von der Tragödie der Menschheit, blickte ich von der Höhe 417 in das Land hinaus, das sich nun wieder im Frühlingsglanze breitet. Russischer und deutscher Mütter brave Söhne liegen da nahe beieinander im Massengrab. Wozu ist es sein? In stummem Schmerz und sinnend über das unerforschliche Geschick, das die Menschen sich selbst bereiten, ging ich langsam von dieser Höhe 417 herab, die in der Geschichte des rumänischen Feldzugs ihre bedeutsame Stelle bewahren wird.

Die weiteren Tage, die ich im Etappen- und Frontgebiete verbrachte, waren überaus reich an großen Eindrücken und Erlebnissen. Ich konnte mancherlei lehrreiche Einblicke in das Leben und Treiben der Truppenteile tun, konnte auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes und ihre neueste Entwicklung unter der Obhut der deutschen Militärverwaltung beobachten. Seitdem durch die Kämpfe um Focșani, im Januar dieses Jahres, die Russen und Rumänen über Putna und Sereth gedrängt wurden, herrscht meist Ruhe an dieser Front, und seit der russischen Revolution ist es noch mehr als zuvor der Fall. Allerdings versuchen englische Flieger häufig über unsere Linien zu gelangen und sie mit Bombenwürfen zu schädigen. Sie richten einen geringen Schaden an und die Abwehrkanonen sind stets bereit, sie schnell zu vertreiben. Von glaubwürdigen Personen wird mir erzählt, daß mehrfach die russische Infanterie ihre eigene, von englischen und japanischen Offizieren geführte Artillerie, wenn diese das Schießen nicht unterlassen will, ernsthaft bedroht. Und hinter der Front wird mit vielem Fleiß und Geschick das fruchtbare, aber sehr vernachlässigte rumänische Land bestellt. Die landwirtschaftliche Bestellung geschieht teils durch unsere Feldgrauen, die ich vielfach auf den Feldern beim Pfluge sehe, teils durch Arbeiterkompanien, die aus sonst beschäftigungslosen Landeseinwohnern gebildet und durch unsere Verwaltung entlohnt und verpflegt werden. Weiter rückwärts im Lande sind auch rumänische Gefangene bei der Ackerbestellung tätig und zahlreiche rumänische Soldaten, die bei der Flucht ihrer Truppen sich dem Dienst entzogen und auf ihre kleinen Besitzungen durchgegangen haben.

Trotz der Erschwernissen, die der Krieg für die Bestellung des Landes im Gefolge hat, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß Rumänien in diesem Jahre eine sehr stattliche Weizen- und Maisernte haben wird, die nicht nur zur Verpflegung der Besatzungstruppen und Einheimischen hinreicht, sondern große Ueberschüsse zur Ausfuhr in die Bedarfsgebiete der Mittelmächte ermöglicht. Allerdings wird man sich vor übertriebenen Erwartungen in dieser Hinsicht hüten müssen, denn bei der Zurückgebliebenheit der landwirtschaftlichen Methoden, bei dem Mangel an Düngemitteln und an Maschinen, bei dem großen Umfang des Brachlandes kann gegenwärtig längst noch nicht das aus diesem fruchtbaren Lande gewonnen werden, was erst in Zukunft zu erwarten ist. Jämmerlich elend war bisher das Dasein des rumänischen Parzellen- und Pachtbauern, der zwar dem Namen nach frei, aber in Wirklichkeit wie ein Leibeigener für den Bojaren fronden mußte und für den Fortschritt der Landwirtschaft weder Interesse noch Verständnis besaß. Nach amtlichen Feststellungen gehört fast die Hälfte der landwirtschaftlich bebauten Fläche Rumäniens dem Großgrundbesitz bzw. der Krone, dem Staate oder der Kirche. Die landwirtschaftliche Fläche ist zur Hälfte an 5385 Großgrundbesitzer und zur andern Hälfte an 1 015 302 Bauern verteilt; das Geldeinkommen der Kleinbauern wird im Durchschnitt auf nur 100 Lei (— 75 M.) pro Jahr beziffert. So bleiben Bodenbestellung und Viehhaltung weit hinter dem zurück, was das Klima und die Bodenverhältnisse des Landes zu gewähren bereit sind. Wie bemerkt, ist zu erwarten, daß die jetzige deutsche Kriegsverwaltung den Anstoß zu großen Neuerungen und Verbesserungen geben wird und daß für den armseligen Bauernstand Rumäniens eine bessere Zukunft in Aussicht steht.

Dr. G. Grabnauer.

Der Kreisarzt.

Von Iwan Turgenjew.

(Schluß.)

Eines Nachts saß ich allein bei ihr; die Wärterin saß entfernter und schnarchte im Lehnstuhl. Nun, mit ihr will ich nicht rechten, sie fand nur wenig Zeit zur Erholung. Alexandra hatte sich schon den ganzen Abend hindurch nicht wohl gefühlt; das Fieber quälte sie. Bis Mitternacht hatte sie sich schlaflos gewälzt, dann schien sie einzuschlummern; wenigstens lag sie, ohne sich zu rühren. Die Lampe brannte in der Ecke vor dem Heiligenbild; ich saß nach vorn gebückt und träumte ebenfalls.

Da stieß mich plötzlich etwas in die Seite; ich richte mich auf — großer Gott — Alexandra Andreewna lag, die Augen starr auf mich gerichtet; ihre Lippen waren geöffnet und ihre Wangen glühten im Feuer.

„Was ist Ihnen?"

„Doktor, ich muß doch wohl sterben?"

„Um Gottes willen."

„Nein, Doktor nein, sagen Sie mir nicht noch, daß ich wieder gesund werde; sagen Sie es nicht, wenn Sie wüßten — hören Sie, bei Christi Barmherzigkeit, verheimlichen Sie mir nicht meinen Zustand" — sie atmete sehr schnell, „wenn ich die Ueberzeugung habe, daß ich sterben muß, dann will ich Ihnen alles erzählen, alles!"

„Alexandra Andreewna, haben Sie Mitleid mit mir."

„Hören Sie, ich habe nicht geschlafen, sondern stets auf Sie geschaut; bei Gott, ich glaube, Sie sind ein guter Mensch, ein treuer Mensch; ich beschwöre Sie bei allem, was es Heiliges gibt auf Erden, sagen Sie mir die Wahrheit! Wenn Sie wüßten, wie wichtig sie für mich ist. Doktor, sagen Sie mir um Gottes willen, bin ich in Gefahr?"

„Was soll ich Ihnen sagen, Alexandra Andreewna, haben Sie Barmherzigkeit mit mir!"

„Ich beschwöre Sie!"

„Ich kann es nicht leugnen vor Ihnen, Alexandra Andreewna, daß Gefahr vorhanden ist, aber Gottes Barmherzigkeit —"

„Ich werde also sterben, ich werde sterben," und ihr Antlitz schien sich zu erheitern, zu verklären. Ich erschrak.

„Fürchten Sie nichts, fürchten Sie nichts, mich schreckt das Sterben nicht." Sie erhob sich plötzlich und stützte sich auf den Ellbogen.

„Jetzt kann ich Ihnen sagen, daß ich Ihnen danke von ganzer Seele, daß Sie ein guter, lieber Mensch sind, daß ich Sie liebe!"

Ich schaute auf sie wie ein Trunkener; es wurde mir seltsam zu Mute. —

„Alexandra, womit habe ich mich dessen würdig erwiesen?"

„Nein, du verstehst mich nicht," und plötzlich streckte sie die Arme aus, schlang sie um meinen Kopf und küßte mich. Glauben Sie mir, ich hätte beinahe aufgeschrien, ich brach in die Knie und drückte meinen Kopf in die Kissen.

Sie schwieg, aber ihre Finger fuhren durch mein Haar und ich hörte, wie sie schluchzte. Ich begann sie zu trösten, versicherte ihr — ich weiß nicht mehr, was ich ihr gesagt habe.

„Ihr werdet die Wärterin aufwecken, Alexandra," sagte ich, „ich danke Euch, aber seid jetzt recht ruhig und folgsam."

„Ja, ja," antwortete sie. „Gott ist mit allen, mit denen, die da schlafen und denen, die da kommen — mit allen ohne Unterschied; also ich muß sterben. Aber was zagst du, was fürchtest du? Halte das Haupt hoch; oder lieben Sie mich nicht; vielleicht habe ich mich getäuscht? Dann, nicht wahr, entschuldigen Sie mich!"

„Alexandra Andreewna, was sprechen Sie da — ich liebe Sie, Alexandra!"

Sie schaute mir ins Auge und öffnete die Arme. —

„Umarme mich." —

Ich muß Ihnen gestehen, aufrichtig, ich weiß heute noch nicht, wie es gekommen ist, daß ich nicht in jener Nacht den Verstand verloren habe. Ich sah, wie sich meine Kranke selbst schadete, daß sie nicht klar bei Verstande war, ich begreife, daß sie sich nicht als dem Tode nahe fühlte und dies auch bei mir nicht vermutete. Es mag immerhin seltsam sein, mit fünfundzwanzig Jahren zu sterben, ohne je geliebt zu haben. Dies mochte sie wohl quälen, deshalb mochte sie wohl in Verzweiflung mich umfangen haben — Sie verstehen mich?

Aber Alexandra ließ mich nicht wieder frei.

„Schonen Sie mich und sich, Alexandra," sagte ich.

„Wozu?" versetzte sie, „wozu schonen? Muß ich doch einmal sterben." Diese Worte wiederholte sie beständig.

„Ja, müßte ich, daß ich wieder gesund werden und wieder eine ehrbare Dame sein würde, dann würde ich Scham empfinden, viel Scham, aber so?"

„Nun, und wer hat Ihnen gesagt, daß Sie sterben werden?"

„O, du trügst ja nicht und verstehst es nicht, zu lügen, prüfe dich nur!"

„Sie werden wieder genesen, Alexandra Andreewna, ich werde Sie wieder herstellen; dann wollen wir Ihre Mutter um den Segen bitten; wir wollen uns verbinden und zusammen glücklich sein."

„Nein, nein, ich habe ja das Wort von Ihnen genommen, daß ich sterben muß; du hast es mir versprochen, du hast es mir gesagt."

Mir ward bitter zu Mute, aus mehr als einem Grunde.

Sie fragte mich, wie ich heiße, welcher Familie ich angehörte, welchem Namen. Es ist ein Unglück, daß man mich gerade Tryphon genannt hat, ja, ja, Tryphon Iwanitsch, im Hause nennt man mich nur Doktor.

Ich antwortete ihr also: „Tryphon, Alexandra Andreewna."

Sie blinzelte ein wenig mit den Augen und schüttelte den Kopf, dann aber flüsterte sie etwas auf Französisch, ach, es war wohl nichts besonders Gutes und lächelte auch. So ging es die ganze Nacht hindurch; erst am Morgen verließ ich sie ganz erschöpft und kam erst wieder am Tage nach dem Tee zu ihr.

Mein Gott, ich vermochte sie kaum noch wieder zu erkennen; wie schön steigen die Toten ins Grab. Ich schwöre es Ihnen bei meiner Ehre, ich begreife heute noch nicht, wie ich diese Prüfung ertragen konnte. Drei Tage und drei Nächte lang ging dies noch so mit meiner Patientin — und was waren das für Nächte! Was hat sie mir in ihnen erzählt! In der letzten Nacht, stellen Sie sich nur vor, sitze ich an ihrem Bett, und bitte Gott nur um eins: nimm sie zu dir, so bald wie möglich, und dann nimm mich zu dir! Da tritt plötzlich die alte Mutter ins Zimmer. Ich hatte ihr schon vor einigen Tagen gesagt, daß ich nur wenig Hoffnung hätte und daß man wohl an einen Geistlichen denken könnte.

Als die Kranke ihre Mutter erblickte, sagte sie:

„Ach, es ist gut, Mutter, daß du kommst! sieh an, wir beide lieben uns einander und haben uns das Wort gegeben."

„Was sagt sie, Doktor, was ist das?" — Ich erstarrte.

„Sie phantasiert," sagte ich, „es ist das Fieber," sie aber sagte:

„O, du hast mir soeben etwas ganz anderes gesagt, und einen Ring hast du von mir genommen — weshalb verstellst du dich? Meine gute Mutter wird schon verzeihen und dich aufnehmen, aber ich werde sterben, ich habe nicht mehr zu lügen. Gib mir deine Hand."

Ich sprang auf und stürzte hinaus, während die Alte nachsichtig ahnte, was vor sich ging.

Ich will Sie indessen nicht zu sehr ermüden, wird es mir doch selbst schwer, mich an all dies zu erinnern. Meine Kranke verschied am folgenden Tage. Leicht sei ihr die Erde! Bei ihrem Tode bat sie noch die Ihrigen, das Zimmer zu verlassen und mich mit ihr allein zu lassen.

„Verzeihen Sie mir," hub sie an, „ich bin wohl schuldig vor Ihnen — meine Krankheit —, aber glauben Sie mir, ich habe niemand je mehr geliebt als Sie; vergessen Sie mich nicht und bewahren Sie meinen Ring." —

Der Doktor wandte sich um, ich nahm ihn bei der Hand.

„Indes, sprechen wir nun von etwas anderem," brach er ab, „oder spielen Sie eine kleine Partie Préférence mit mir? Wir Aerzte dürfen uns eigentlich nicht so schwermütigen Gedanken hingeben, sondern sollen nur daran denken, daß die Kinder zu essen haben und die Frau nicht schilt. Ich habe mich bald nach jener Zeit unter das gesetzliche Joch der Ehe gebeugt, eine Kaufmannstochter geheiratet, die mir siebentausend Rubel mitbrachte; sie heißt Akulina, leider, wie ich gestehen muß, ein böses Weib; sie schläft den ganzen Tag hindurch. Aber wie steht es denn mit einer Partie Préférence?"

Wir spielten eine Partie um eine Kopeke und Tryphon Iwanitsch gewann mir zwei und einen halben Rubel ab, worauf er sich mit zufriedener Miene über sein Glück von mir verabschiedete.

Ausstellung der Künstlervereinigung.

III.

Starke Persönlichkeitswerte weisen dann weiter im Saal VIII die mit breitem quellendem Strich flott hingeworfenen und das Wesentliche scharf herausarbeitenden Bildnisse von Tilio[illegible] auf, unter denen namentlich das Bildnis I durch großzügige Behandlung hervorsticht. Ferner sind hier zu nennen ein [illegible] „Studienkopf" von Sascha Schneider, einige [illegible] von Wilhelm Steinhausen und eine geschlossene [illegible] von Paul Oberhoff.

Eine Anzahl vollendeter Meisterwerke bietet der Saal IX. Zu nennen sind vor allem Eugen Brachts großgefühlte „Eichen [illegible]" und Volkmanns von stimmungsvoller Ruhe erfüllte [illegible] „Material". Weiter ragen hervor Emanuel Hegenbarths malerisch wirksame „Pferdeschwemme" und die [illegible] „Tejer" von August Wilckens. Wilhelm [illegible] ist mit einem kompositorisch wertvollen Bilde „Kampf" und mit dem „[illegible]" gut vertreten. Arno Drescher [illegible] eine kleine „Landschaft mit Kahn" voll Einfachheit und poetischem Gehalt, und Clarre Sachse einen subtil durchgeführten [illegible]. Eine „Treppenhausmusik" von Rudolf Schaff-[illegible], Joseph Hegenbarths stilvolle „Hexen auf einem [illegible]", Otto Langes gut beobachtetes Bild „Mutter mit Kind" und Bertha Schrags charakteristisches Vorstadtbild vollenden den angenehmen Eindruck dieses Raumes.

Im Saal X sind dann noch zu nennen eine herzerquickende, [illegible] „Dorflandschaft" von Richard Dreher, der [illegible] „[illegible] vor dem Liebesgarten" von Hans Thoma und ein [illegible] von Buchwald-Zinnwald aus dem Erzgebirge.

Von den plastischen Werken seien hervorgehoben eine Anzahl [illegible] von starker Naturbeobachtung und lebendigster [illegible] Georg Wrba, der sich damit auch auf diesem Gebiete [illegible] zeigt. Namentlich die Büste der Gattin des [illegible] und des Baurats Dr. Karl Schmidt sind von ungewöhnlicher Ausdruckskraft. Edmund Moeller trägt in seiner „Tänzerin" den neueren plastischen Formstreben nach Vereinfachung und Geschlossenheit der Formen Rechnung, ohne jedoch vollständig zu befriedigen. Auch seinen Bildnisbüsten mangelt es vielfach an überzeugender Schlagkraft, durch welche z. B. die „Büste des Kommerzienrats Ernemann" von Artur Lange vorteilhaft hervorsticht. Erwähnt seien zum Schlusse Langes stilvolles „Modell zu einer Steinfigur", ein „Salomekopf" von Kurt Bauch und einige voll Kraft und Anmut durchgeführte Tierplastiken in Bronze und Holz von Otto Pilz, dessen Stil vollkommen natürlich aus der Eigenart des verwendeten Materials entspringt, wovon namentlich die im Geschäftszimmer stehende Gruppe der „Europa" ein beredtes Beispiel ist.

Alles in allem zeigt der Gesamteindruck dieser Ausstellung, daß die Künstlervereinigung eifrig bestrebt ist, den Ruhm der Dresdner Kunst zu mehren und den lebenschaffenden neuen Kräften zum Durchbruch zu verhelfen. Lieber einige verfehlte Werke, als vollständige Stagnation. Möge das heitere, farbenfreudige Bild, das wir in der Ausstellung empfangen, recht bald auch wieder in ein solches des täglichen Lebens hinüberleiten, nach dem alten Künstlerwahlspruch:

„Ernst ist das Leben, heiter die Kunst;
Wir aber wollen streben,
Daß heiter das Leben und
ernst sei die Kunst!"

R. Menzer.

Dresdner Kalender.

Theater am 25. Mai. Opernhaus: Figaros Hochzeit (7). — Schauspielhaus: Die Hermannsschlacht (7). — Albert-Theater: Moral (8). — Residenz-Theater: Loge Nr 7 (8). Zentral-Theater: Der goldene Spiegel (7½).

Residenz-Theater. Auch in der kommenden Operetten-Spielzeit wird wieder ein Abonnement in 8 Serien zu je 10 Vorstellungen aufgelegt. Ausführliche Prospekte werden in allernächster Zeit herausgegeben und auf Wunsch kostenlos zugestellt.

Kleine Mitteilungen.

Unsinnige Preistreiberei im Kunsthandel. In dem Geschäftsbericht des Städtischen Kunstgewerbe-Museums zu Leipzig über das Jahr 1916 wird darauf hingewiesen, daß die außerordentliche Steigerung der Kunstpreise auf den zahlreichen Versteigerungen und im Kunsthandel es den Museen, die ohnehin sich in ihren Ankaufsmitteln Beschränkungen auferlegt haben, sehr schwer mache, zu angemessenen Preisen Erwerbungen zu machen. Das Ungesunde dieser Bewegung äußere sich in einer oft unsinnigen Preistreiberei, die selbst niedere Qualitäten übertrieben hoch bezahle. — Die Künstler selbst dürften nur geringen Nutzen daraus ziehen.

Eine Fachgenossenschaft der Kunsthistoriker fordert Wilhelm v. Bode in der Kunstchronik: Der Berliner Generaldirektor wünscht diese Einrichtung mit besonderem Hinblick auf mehrere Fälle der letzten Zeit, wo gleichzeitig mit der Zunahme und Ausartung des Kunsthandels es einzelnen Industrierittern mit wissenschaftlichem Mäntelchen — wie Bode sie nennt — gelang, in angesehene Stellungen als Museumsleiter berufen zu werden, bis sie durch ihren Uebermut und immer ärgeres Treiben sich schließlich selbst zu Falle brachten. Ob die Einrichtung einer solchen Zunft für Begutachtung der Kunstwerke, wie sie Bode weiter vorschlägt, ersprießlich wirken wird, dürfte immerhin fraglich sein.

Ein ungedrucktes Manuskript Hegels veröffentlicht zum ersten Male Dr. Franz Rosenzweig in einer Abhandlung, die von Professor Rickert der Heidelberger Akademie vorgelegt wurde. Rosenzweig sucht nachzuweisen, daß es eine Abschrift nach Schelling ist, und daß wir darin den ersten System-Entwurf der Philosophie des deutschen Idealismus vor uns haben.

Die Halle der Kultur, die anläßlich der Buchgewerbeausstellung in Leipzig geschaffen wurde, für immer zu erhalten, hat sich ein Verein gebildet, der in ihren Räumen ein Museum für Buchgewerbe und Schrifttum errichten will.

Ein Seminar für sächsische Geschichte ist an der Landesuniversität Leipzig errichtet worden. Der dem Professor Dr. Kötzschke seiner Zeit erteilte Lehrauftrag für Landesgeschichte und Siedelungskunde wurde in einen solchen für sächsische Geschichte umgewandelt.

Sportkartell.

Arbeiterturner. Friesnitz-Cotta. 27. Mai: Ausflug nach dem Bosienwald: Abfahrt mittags 1.45 Uhr vom Bahnhof Cotta bis Deuben. 3. Juni, 2 Uhr: Sportfest auf dem Vereinsspielplatz, Hebbelstraße. — Lößnitzortschaften. 27. Mai: Turnfahrt nach Weißig-Altenberg, zurück Kipsdorf; Abfahrt früh 4.08 Uhr vom Bahnhof Radebeul. Proviant mitnehmen.

Parteiangelegenheiten.

Die „Unabhängigen" in Mannheim.

Uns wird aus Mannheim geschrieben: Leipziger Volkszeitung und Bergische Arbeiterstimme veröffentlichen Berichte über den „Sieg" der „Unabhängigen" in Mannheim. In einer am 15. Mai tagenden Versammlung seien 600 Genossen erschienen; 200 von diesen seien zur Partei der „Unabhängigen" übergetreten, berichtet die Leipz. Volkszeitung. Solch ein Bombenerfolg reicht dem Leipziger Blatt noch nicht zu und es sieht deshalb „den weitaus größten Teil der Sozialdemokraten" den Uebertritt bevorstehen. Eine zweite Versammlung wo Anhängern besucht worden. In vielen Schaaren wurden Zeit von den Mehrheitlern abgehaltene Konferenzversammlung so die Mannheimer Arbeiter die Regierungssozialisten verlassen, behauptet das Leipziger Blatt.

Diese ungeheuerliche Verlogenheit bedarf einer Richtigstellung. Es ist richtig, daß es den „Unabhängigen" gelungen ist, in Mannheim einen Verein zu gründen, nachdem Dittmann, Ledebour und Vogtherr Versammlungen abgehalten hatten. Mit Einschluß dieser aus der Partei ausgeschlossener Genossen verlor bisher die Partei durch diese Gründung zehn Genossen. Zur Versammlung der „Unabhängigen" waren deren Parteiseniler aus allen Teilen des badisch-pfälzisch-hessischen Industriegebiets geladen und erschienen. Selbst aus Karlsruhe waren ein paar weniger liebe Genossen, im übrigen aber jene Anarchosozialisten erschienen, die der Partei schon viele Jahre den Rücken gekehrt hatten. Die Organisation der letzteren ist schon längst zusammengebrochen; sie erlebt jetzt ihre Wiederauferstehung innerhalb der Partei der „Unabhängigen". Selbst das Wochenblättchen, das die Lokalisten einst unterhielten, soll wieder zum Leben erweckt werden. Es ist also unwahr, daß 600 zur alten Partei zählende Genossen die Versammlung besucht haben, wie es auch unrichtig ist, daß 200 Neuzugänge ihren Uebertritt vollzogen hätten. In Wirklichkeit haben sie dem Vertrauensleute Dittmanns die bisher schon nicht zur Partei zählenden Anarchosozialisten neu organisiert. Die Sozialdemokratische Partei hielt am 13. d. M. eine Konferenzversammlung nicht ab. Nur eine Bezirksversammlung im Stadtteile Neckarstadt fand an diesem Tage statt, um den Bezirksleiter seines Amtes zu entheben, weil dieser die Versammlung der „Unabhängigen" unter Mißbrauch des Namens unserer Partei mit seinem Namen deckte. Die Mannheimer Arbeiterschaft hat sich bisher an der Zersplitterungsarbeit in der Arbeiterbewegung nicht beteiligt. Innerhalb der Parteiorganisation gab es keine Konflikte. Nach dem Ausscheiden der wenigen Oppositionsleute aus der Partei sind solche für die Zukunft auch nicht zu erwarten.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Arbeitsmarkt im April.

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarkts im April 1917 berichtet das Reichs-Arbeitsblatt in seinem Maiheft:

Im Berichtsmonat macht sich im allgemeinen noch deutlicher als im Vormonat eine Steigerung der Beschäftigung bemerkbar.

Im Bergbau- und Hüttenbetrieb wurden zum Teil Steigerungen des Absatzes dem März 1917 wie dem April 1916 gegenüber erzielt. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie, die nach wie vor aufs lebhafteste tätig sind, sind weitere Erhöhungen der Arbeitsleistungen festzustellen. Aehnliches gilt für die elektrische Industrie wie zum Teil auch für die chemische Industrie. Im Bekleidungsgewerbe zeigt sich im großen und ganzen keine Verschiebung der Verhältnisse. Auf dem Baumarkt machen sich nur vereinzelt Verbesserungen bemerkbar.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. Mai 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. April gegenüber insgesamt eine Zunahme um 252 366 Beschäftigte oder einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um von 2,83 v. H. (gegenüber 1,17 v. H. im Vormonat). An der Zunahme der Beschäftigten sind die Männer etwas stärker als die Frauen und Mädchen beteiligt.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 55 Fachverbänden, die für 850 131 Mitglieder berichteten, wurden Ende April 8742 Arbeitslose oder 1 v. H. gegen 1,3 v. H. im Vormonat ermittelt. Die Arbeitslosenziffer ist also abermals gesunken. Sie stellt sich im Berichtsmonat gegen den April in den drei vorhergehenden Jahren wesentlich niedriger, da sie 1914 2,8, 1915 2,9 und 1916 2,3 v. H. betrug.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für das männliche Geschlecht ein Sinken des Andranges der Arbeitsuchenden erkennen, für das weibliche Geschlecht ist ein geringes Steigen zu verzeichnen. Im April kamen auf je 100 offene Stellen bei den Männern 101 Arbeitsuchende (gegen 60 im Vormonat), während beim weiblichen Geschlecht sich der Andrang von 104 auf 107 erhöhte.

Inland.

Streikbeschluß der Crimmitschauer Textilarbeiter.

Wie uns ein Privattelegramm aus Crimmitschau berichtet, beschloß dort eine starke Arbeiterausschußversammlung der Textilarbeiter den Streik wegen geringer Löhne. Die Kündigungen sollen Freitag erfolgen.

Ausland.

Beendigung des englischen Maschinenarbeiterstreiks.

Der Nieuwe Rotterdamsche Courant berichtet aus London: Die englischen Maschinenarbeiter haben allgemein die Arbeit wieder aufgenommen auf der Grundlage des mit der Regierung getroffenen Abkommens. In einzelnen Distrikten behielten sie sich vor, zu der Besetzung ihrer Führer und der Zulassung ungelernter Arbeitskräfte Stellung zu nehmen. Gestern fand im Munitionsministerium eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter statt. Die Firmen, die unter der Kontrolle des Munitionsministeriums arbeiten, erhielten den Befehl, keine Leute, die sich am Streik beteiligten, jetzt zu entlassen.

Briefkasten.

M. 1024. Empfehlungen solcher Art müssen wir im Briefkasten grundsätzlich unterlassen.

G. F. 21. Die Angaben über die Verhaftungen von einem Herzog und Prinzen sind ganz unverständlich. Hier kann nur ein Versehen vorliegen, das vielleicht beim Druck der Zeitung entstanden ist.

G-freiner E. G. Diese Versetzungen sind wohl darauf zurückzuführen, daß Sachsen möglichst in sächsischen, Preußen in preußischen Regimentern dienen sollen usw. Derartige Wünsche sind auch im Reichstagsausschuß, wie auch sonst schon geäußert worden. Eine Erweiterung der sächsischen Staatsangehörigkeit wird sich während der Zeit der Einberufung schwer verwirklichen lassen. Uebrigens ist es nicht die Absicht, unter den von Ihnen geschilderten Verhältnissen Versetzungen zwangsweise durchzuführen. Für Ihre Person würden Sie die Versetzung vielleicht vermeiden können, wenn Sie um deren Unterlassung ersuchen.

K. R., Leubnitz-Neuostra. Daran hat sich nichts geändert. Sie können dagegen Reklamation einlegen.

H. F. Wenn die Aerzte die Lazarettbehandlung für notwendig befinden, sind alle Bemühungen vergeben. Am zweckmäßigsten wird es noch sein, wenn der Kranke dem Arzte den Wunsch unterbreitet, zu Hause verpflegt zu werden.

Grenadier W. Fr. Auch die Höhe der Krankenkasse richtet sich nach der Höhe und Zahl der geleisteten Beiträge.

A. 100, Niederhermsdorf. Der Hauswirt darf Ihnen, wenn der Gebrauch der Räume durch Mietvertrag gesichert war, das unter keinen Umständen ohne weiteres wegnehmen. Ist dadurch ein Vertragsbruch vollzogen worden, dann könnten Sie sofort ausziehen, wenn Sie nicht vorziehen, auf Einhaltung des Vertrags zu klagen. Ein Mietvertrag braucht übrigens nicht besonders schriftlich abgeschlossen zu sein; auch mündliche Abmachungen, die keinen Zweck zulassen, können einen Vertragsabschluß herbeistellen.

P. S., Niederpeilerwitz. Ihr Mann müßte sich unter Darlegung der Verhältnisse an seine Vorgesetzten wenden. Ein Einschreiten von Ihrer Seite ist an das zuständige Bezirkskommando zu richten.

Moritzburg. Führungen durch das Moritzburger Schloß finden im Sommer wochentags von 8 bis 12 und 1 bis 7 Uhr, Sonn- und Feiertags von 8 bis 6 Uhr statt. Eintritt für die Person 25 Pf., Kinder 10 Pf. Geschlossene Gesellschaften über 20 Personen 1 M. für die Person.

Sportkartell.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Dresden. 21. Mai, 8½ Uhr: Zusammenkunft im Saal 11 des Volkshauses. — Abendwanderung nach Rochwitz, Pappritz; Abmarsch 8 Uhr, Körnerplatz, Loschwitz (Straßenbahn 1, 2, 18). 27. und 28. Mai: Zweitagestour ins Zittauer Gebirge: 1. Tag: Lausche, Naturfelsen, Hain (Uebernachtung). 2. Tag: Hochwald, Jeschkenkamm, Töpfer, Oybin; Abfahrt 27. Mai, früh 5,45 Uhr vom Hauptbahnhof, 5,58 vom Neustädter Bahnhof nach Zittau. 27. Mai: Tagestour nach dem Gohrisch, Kleinhennersdorfer Stein, Liebenmühle, 9,35 bornstein, Naturfreundehaus; Abfahrt früh 6,14 Uhr vom Hauptbahnhof nach Königstein. 28. Mai: Tagestour nach Rathen, dort, Waitzdorfer Wände; Abfahrt früh 6,14 Uhr vom Hauptbahnhof nach Schandau. 28. Mai: Nachmittagstour nach dem Karl, Sch holz; Abfahrt 2,04 Uhr vom Neustädter Bahnhof nach Cossebaude. 28. Mai: Abendwanderung nach Briesnitz, Weltemühle; Abmarsch 8 Uhr vom Schusterhaus (Straßenbahn 18 und 22). — **Radeberg.** 27. und 28. Mai: Zweitagestour ins Lausitzer Gebirge; Abfahrt 27. Mai, früh 6,12 Uhr nach Bischofswerda. — **Leuben.** 21. Mai, 8 Uhr: Zusammenkunft im Goldenen Stern, Leuben. 27. und 28. Mai: Zweitagestour ins Zittauer Gebirge; Abfahrt 27. Mai, früh 5,45 Uhr vom Hauptbahnhof Dresden nach Ebau.

Täglich Teleph. 14590 [A 14] Linien 5 u. 7
Tymians Thalia Theater
Görlitzer Str. 6 — Anfang 8 Uhr — Sonnt. 2 Vorstell.
Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenkapelle!
Vorverkaufskarten wochentags u. Sonntags nachm. erhältlich.

Tüchtige Platzarbeiter
finden dauernde Beschäftigung bei
Dyckerhoff & Widmann A.-G. Lagerplatz: Hamburger Straße

Reizende
HÜTE
10.75
23.75
Hutblumen
Hutborten
Hutranken
in größter Auswahl
19.75
Hutformen
in allen erdenklichen Preislagen in großen Sortimenten
S 467
16.75
29.75
Messow & Waldschmidt